ren!
mit feinem ungen Mk. 3.50 und höher
1.75
n und Absatzfleck Mk.
ch Ledersohlen, von Mk. 1.00 an
sohlen . . . . 50 ₰
men Kinder
50 1.50 bis 2.00
, Lackkappen, echt . . . . . Mk. 8.50
schnitt, auch mit Original Goodyear . . . . . Mk. 12.50
Qualitäten.
Pantoffeln
Massanfertigung.
6585
Trauer-Hüte
in größter Auswahl zu billigsten Preisen
F. Kleinemeyer
Bielefeld Gehrenberg
, morgens 9 Uhr, entschlief
Mitarbeiterin, die Weberin
ehaus
s in ewiger Erinnerung
eiterinnen der Firma
& Söhne.
ntag, den 28. November,
ause, Gellershagen, Feld-
efeld
sstr. 1.
etots
züge
en-Konfektion
ze
6575

Abonnementspreis
für Bielefeld und Umgegend, sowie bei sämtlichen Agenturen frei ins Haus gebracht 60 Pfg. monatlich. Durch die Post bezogen 1,80 Mk. vierteljährlich exklusive Bestellgeld.
Einzelnummer 10 Pfg.

Erscheinungstage
mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage täglich nachmittags.

Fernsprech-Anschluß Nr. 353.

Volkswacht

Organ der Sozialdemokratie für das östliche Westfalen und die lippischen Fürstentümer.

Buchhandlung, Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße Nr. 20.

Insertionspreis
für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.

Inseraten-Annahme
bis 1/29 Uhr vormittags. Größere Inserate müssen bis 5 Uhr abends tags zuvor aufgegeben sein.

Druck und Verlag der Buchdruckerei und Buchhandlung „Volkswacht"
A. Gerisch & Co., Bielefeld.

Nr. 278. **Bielefeld, Montag, 29. November 1909.** **20. Jahrg.**

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Aus den Geheimakten eines Zwangsarbeitsnachweises der Unternehmer.

Gerade zur rechten Zeit bringt der „Bergknappe", das Organ des christlichen Bergarbeiterverbandes, sehr interessante Enthüllungen aus den Geheimakten des Arbeitsnachweises der Industriellen in Mannheim-Ludwigshafen. Der „Bergknappe" schreibt dazu u. a.:

„Der Arbeitsnachweis ist in ähnlicher Weise geregelt, wie es auch vom Zechenverband im Ruhrgebiet geplant ist. Die dem Arbeitsnachweis angeschlossenen Firmen dürfen Arbeiter nur durch den Arbeitsnachweis beziehen. Auf dem Arbeitsnachweis werden die Arbeiter aufs eingehendste an mehreren Schaltern geprüft. In den Listen des Arbeitsnachweises ist die Zeichensprache üblich. Durch Zeichen wird alles mögliche angedeutet. Für die Sünder ist ein schwarzes Buch angelegt. Aus den verschiedensten Gründen werden die Arbeiter von der Arbeit ausgesperrt. Das Zeichen z. K. bedeutet „zu Keinem" und darf ein mit diesem Zeichen versehener Arbeiter bei keinem eingestellt werden. Verschiedene Formen der Stempel auf der Abkehr zeigten der Nachweisstelle, was mit den Leuten passieren sollte."

Darauf folgt ein längerer Auszug aus dem im Nachweis angelegten Register, das in geradezu erschreckender Deutlichkeit zeigt, wie jeder Arbeiter in Acht und Bann erklärt wird, der sich irgendwie mißliebig gemacht hat. Wie ein Bluthund ist dieses Maßregelungsbureau hinter dem Arbeiter her, um ihn zu Tode zu hetzen. Nur einige wenige von den Stigmas, die den Arbeitern aufgebrannt wurden, seien hier angeführt: „Anarchist", „Hauptheter und Aufwiegler", „Parteiausschußmitglied", „freches Benehmen", „Beleidigung des Direktors", „sehr tätiger Agitator", „äußerst frech", „frech gegen Meister", „Rädelsführer im Streik", „christlicher Agitator", „zu hohe Lohnansprüche", „wegen Streikpostenstehens", „Kontraktbruch", „wegen Maifeier" und so in unendlicher Folge. Selbst vor der Kennzeichnung einiger mit körperlichen Fehlern behafteter Arbeiter schreckt diese schamlose Unternehmerbrutalität nicht zurück. So werden Leute gekennzeichnet, die einen Leistenbruch, einen Herzfehler haben oder dergleichen.

Diese hochinteressanten Enthüllungen lassen das Wirken der Unternehmernachweise in hellstem Lichte erstrahlen. Das ist so etwas nach dem Gusto unserer Scharfmacher! Deshalb auch ihr Streben allerorts, solche Schandbureaus einzurichten. Die Bergherren wollen 300 000 Bergarbeiter des Ruhrgebiets in dieses Joch spannen, und im Baugewerbe bekunden die Unternehmer nicht minder große Vorliebe für die Errichtung der Unternehmerzwangsarbeitsnachweise. Findet der Arbeiter gegen diese Brutalität keinen Schutz beim Gesetzgeber und bei den Behörden, so wird die nächste Zeit schwere wirtschaftliche Kämpfe um den Arbeitsnachweis in Deutschland sehen. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter werden vor allen Dingen eine solche Tyrannenherrschaft nicht ruhig hinnehmen.

Von den Unternehmern wird immer bestritten, daß diese Arbeitsnachweise als Maßregelungsbureaus wirken sollen. Auch die Bergherren bestreiten das. Und auch der Oberbürgermeister Martin in Mannheim hat seinerzeit die Versicherung abgegeben, daß der Arbeitsnachweis in Mannheim-Ludwigshafen nicht zu irgendwelchen unlauteren Zwecken benutzt werden soll. So werden Versprechungen gegenüber den Arbeitern gehalten! **Den Feinden der Arbeiterbewegung ist eben jedes Mittel recht — auch das ordinärste und korrupteste — zur Bekämpfung der Gewerkschaften!**

Die Wahlen der Arbeitervertreter für unsere Sozialversicherung.

Unter verhältnismäßiger Stille vollziehen sich gegenwärtig zum dritten Male die Wahlen der Vertreter für die unteren Verwaltungsbehörden auf Grund des § 62 des Invalidenversicherungsgesetzes: der Ausschüsse und Vorstände unserer Versicherungsanstalten, der Beisitzer bei den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung, der Vertreter zu den Landesversicherungsämtern, dem Reichsversicherungsamt und den Berufsgenossenschaften zur Begutachtung der Unfallverhütungsvorschriften. Die Wichtigkeit der Wahlen für die Arbeiter tritt schon äußerlich dadurch in die Erscheinung, daß es sich dabei um zirka 7000 Arbeitervertreter für die unteren Verwaltungsbehörden, 350 derartiger Vertreter bei den Ausschüssen und 54 bei den Vorständen der Versicherungsanstalten, 4300 Arbeiterbeisitzern bei den Schiedsgerichten, 250 Arbeitervertretern bei dem Reichsversicherungsamt und den Landesversicherungsämtern und 2200 Vertretern zur Begutachtung der Unfallverhütungsvorschriften, also rund 14 200 Personen, handelt. Ein ziemlich umfangreicher Apparat!

Die Wahlen der Vertreter für die unteren Verwaltungsbehörden, die in der Hauptsache von den Krankenkassenvorständen vorzunehmen sind, bilden gleichsam die Urwahlen. Für sie bestehen in allen Bundesstaaten Wahlordnungen, die meist die Vornahme der Wahl für die Zeit vom 1. Oktober bis 15. November vorsehen. Die Wahlen sind daher fast überall erledigt. Soweit sich bis jetzt übersehen läßt, sind sie vielfach nicht so günstig für die Arbeiterschaft ausgefallen wie das letzte Mal. Das liegt in letzter Linie an den sehr ungünstigen Bestimmungen der Wahlordnungen. Diese räumen erstens für jene Versicherten, die keiner Orts-, Betriebs- oder Innungskrankenkasse angehören, den Gemeindebehörden das Wahlrecht ein, und zweitens bevorzugen sie in ganz auffälliger Weise die kleinen Betriebs- und Innungskrankenkassen gegenüber den großen Ortskrankenkassen. So haben nach der preußischen Wahlordnung jene Wahlkörper, die nicht mehr als 50 Versicherte besitzen, eine Stimme; bei mehr als 50 haben sie zwei, bei mehr als 100, aber nicht mehr als 200 drei Stimmen. Für je weitere 100 Versicherte kommt eine Stimme hinzu. Im Königreich Sachsen haben Wahlkörper bis 100 Versicherte eine Stimme, bei 100 bis 500 Versicherten zwei, bei 500 bis 1000 drei, bei 1000 bis 2000 vier Stimmen. Für je weitere 1000 Versicherte kommt eine Stimme mehr dazu. Aehnlich sind die Wahlordnungen in den übrigen Bundesstaaten. **Es ist danach möglich, daß eine Anzahl kleiner Betriebs- und Innungskrankenkassen eine große Ortskrankenkasse mit weit** mehr Mitgliedern, als jene Kassen zusammen haben, doch überstimmen kann. Dazu kommt noch, daß die Gemeindebehörden, da sie ja das Wahlrecht mit besitzen, mitunter selbst Kandidaten vorgeschlagen haben. Mehr als früher sind auch Ueberrumpelungen vorgekommen; so haben z. B. auf Veranlassung der Behörden Besprechungen der Kassenvorstände stattgefunden, bei denen man die Ortskrankenkassen ausgeschaltet hat usw. Im Königreich Sachsen verlegte man die Wahlen auf jene Tage, in denen die Wogen der Landtagsbewegung am höchsten gingen. Bei den zukünftigen Wahlen, die voraussichtlich unter anderen gesetzlichen Einrichtungen stattfinden, wird die Arbeiterschaft rechtzeitig darauf bedacht sein müssen, solche Beschränkungen ihres Wahlrechtes zu verhindern. — Die gewählten Vertreter bei den unteren Verwaltungsbehörden haben in der Zeit vom 15. Nov. bis 31. Dezember, nach Bezirken geordnet, zusammenzutreten und die Mitglieder der Ausschüsse der Versicherungsanstalten zu wählen. Die Ausschüsse der Versicherungsanstalten nehmen sodann die Wahlen der Vorstände, der Begutachter der Unfallverhütungsvorschriften und der Beisitzer bei den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung vor. Die Schiedsgerichtsbeisitzer treten dann wieder, nach Bezirken geordnet, zu Wahlversammlungen zusammen und wählen die Arbeitervertreter für das Reichsversicherungsamt und die Landesversicherungsämter. Sämtliche Wahlen erfolgen auf die Dauer von 5 Jahren. — Die organisierte Arbeiterschaft wird gut daran tun, den nachfolgenden Wahlgängen die größte Aufmerksamkeit zu widmen, um vor Ueberraschungen gesichert zu sein. Unsere Gegner lassen kein Mittel unversucht, uns auch auf diesem Gebiete den Wahlerfolg und somit den Einfluß auf die in Betracht kommenden Institute und Körperschaften streitig zu machen.

Es ist selbstverständlich, daß wir bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung darauf bedacht sein müssen, dieses ganze komplizierte Wahlverfahren nach Möglichkeit zu vereinfachen.

Der sozialdemokratische Bürgermeister.

Aus Kopenhagen wird dem „Vorwärts" geschrieben:

Mit der Bürgermeisterwahl am Montag hat der zweite Sozialdemokrat einen der vier Bürgermeisterposten der dänischen Hauptstadt übernommen, vorausgesetzt, daß er von der Regierung bestätigt wird, woran aber nicht zu zweifeln ist. Der erste sozialdemokratische Bürgermeister Kopenhagens, der im Jahre 1903 gewählte Genosse J. Jensen, hat bekanntlich das Finanzwesen der Stadt zu verwalten, der Genosse P. Knudsen ist als „Armenbürgermeister" gewählt, das heißt, er hat die Abteilung für Armenpflege und soziale Fürsorge zu verwalten. Jensen war, als er zum Bürgermeister gewählt wurde, langjähriger Vorsitzender des Gesamtverbandes der dänischen Gewerkschaften, während Knudsen seit vielen Jahren Vorsitzender der sozialdemokratischen Partei Dänemarks ist. Wie bei der Bürgermeisterwahl von 1903 die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung, so verliert jetzt die politische Arbeiterbewegung ihren obersten Leiter. Denn Knudsen wird das Amt des Parteivorsitzenden aufgeben, um seine volle Kraft dem Dienst der Stadt zu widmen und damit dem Dienst der Aermsten unter den Armen. Als der ehemalige Malergeselle Jensen Finanzbürgermeister wurde, da taten die Gegner so, als ob dieser Prolet, dieser „Mann ohne Examen", niemals fähig sein könnte, den Posten auszufüllen. Aber Jensen zeigte von Anfang an, daß er seinem Amte vollkommen gewachsen war, und jetzt erkennt das auch jeder ehrliche Mensch an. P. Knudsen war ursprünglich Handschuhmacher von Beruf und hat in den siebziger Jahren den Verband der Handschuhmacher gegründet. Auch in der politischen Arbeiterbewegung war er von Anfang an als einer der eifrigsten Genossen tätig. Im Jahre 1890 wurde er das erste Mal als Folkethingsabgeordneter gewählt, 1897 als Stadtverordneter, 1902 von der Stadtverordnetenversammlung als Magistratsmitglied für dieselbe Abteilung, die er jetzt als Bürgermeister verwalten wird. Im übrigen war er in den siebziger Jahren auch als Organisator der Krankenkassen tätig, und später hat er sich unter anderem besonders eingehend mit der Sozialversicherung befaßt.

Die Antisozialisten, die über 16 Stimmen im Stadtparlament verfügen, hatten alles aufgeboten, um Knudsens Wahl zu verhindern. Erst suchten sie mit den Liberalen einen Pakt zu schließen, nämlich so, daß ein Liberaler Bürgermeister werden und die Liberalen dann im nächsten Jahre dafür sorgen sollten, daß zwei Antisozialisten als Magistratsräte gewählt würden. Als die Liberalen auf das faule Geschäft nicht eingehen wollten, waren sie bereit, auch ohne Gegenleistung für deren Kandidaten zu stimmen. Da verzichtete aber der Liberale auf die Kandidatur, und die Antisozialisten stimmten schließlich für einen jungen Mann, der Assistent im Landwirtschaftsministerium ist. Die liberalen Stadtverordneten enthielten sich der Stimme und mit ihnen ein weibliches Mitglied des Stadtparlaments, das zwar seinerzeit von einer christlich-reaktionären Gruppe gewählt worden ist, aber infolge ehrlicher sozialer Gesinnung für die antisozialistische Politik nicht zu haben ist, und nun auch, wie die fünf Liberalen, der Sozialdemokratie, der stärksten Fraktion des Stadtparlaments, die Besetzung des Bürgermeisterpostens überließ. Die Sozialdemokratie verfügt über 20 Mandate, aber da einer ihrer Stadtverordneten schwer erkrankt ist und Knudsen selbstverständlich nicht mitstimmte, wurden 18 Stimmen für ihn abgegeben.

Knudsen hat am Dienstag sein 61. Lebensjahr erreicht. Er besitzt aber trotz seiner Jahre eine gewaltige Arbeitskraft, die ihn in den Stand setzt, mehr zu leisten, als es manchem jüngeren Manne vergönnt ist. „Socialdemokraten" schreibt zu Knudsens Wahl unter anderem:

„Unsere Partei ist nicht blind für die Schwierigkeiten, die P. Knudsen auf seinem neuen Tätigkeitsfelde entgegentreten. Die finanzielle Lage der Kommunen ist nicht gut, und die demokratische Steuerreform, die sie verbessern sollte, ist noch nicht durchgeführt. Die Machtbefugnisse der Kommune sind stark begrenzt, und ihre soziale Tätigkeit ist eingeengt durch die bestehenden Gesetze, durch das Aufsichtsrecht der Regierung und die Interessen der übrigen Kommunen. Wir erwarten und können von einem sozialdemokratischen Bürgermeister keine Wunder erwarten, so wenig wie von der Tätigkeit irgend eines einzelnen Mannes. Die Sozialdemokratie glaubt überhaupt nicht an Wunder. Die Umgestaltung der Gesellschaft ist die Frucht des Wirkens und Zusammenwirkens Tausender von Kräften. Selbst durch die Eroberung der Staatsmacht kann die Gesellschaft nicht mit einem Schlage von Grund aus umgestaltet werden.

Aber mit jeder Position, die wir erobern, rücken wir einen Schritt vorwärts dem Ziele entgegen. Was unter den gegenwärtigen Verhältnissen ausgerichtet werden kann, das wird am besten durch unsere eigenen Männer vollführt. Was innerhalb des Rahmens der bestehenden Gesetzgebung für die Armen, Leidenden und Alten durch die soziale Fürsorge der Kommune ausgerichtet werden kann, das wird P. Knudsen ausrichten ...

Unsere Gegner lieben es, zu behaupten, daß die Sozialdemokratie nur eine Agitationspartei sei. Wir sind eine Agitationspartei und werden es bleiben, bis unsere Agitation ihr Ziel erreicht hat. Aber unsere Bewegung ist zugleich das Gemeinwesen positiv umgestaltend und aufbauend. Daß wir nicht vor der Verantwortung zurückweichen, wo die Stärke unserer Bewegung uns dazu berechtigt und verpflichtet, das zeigten wir, als wir J. Jensen zum Finanzbürgermeister wählten, und das zeigt P. Knudsens Wahl zum Armenbürgermeister. Sie bilden noch zusammen mit dem Magistratsrat K. M. Klausen eine Minderheit im Magistrat. Aber an dem Tage, da wir die Stärke und Stimmen dazu haben werden, nehmen wir die Mehrheit, ihre Macht und ihre Verantwortung."

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Die Einnahmen des Reiches aus Zöllen, indirekten Steuern und Gebühren sind in den Entwurf des Etatsgesetzes mit 1 441 620 000 Mark eingesetzt. Davon entfallen — um die hauptsächlichsten Quellen herauszugreifen — auf:

Zölle	631 900 000	Mark
Tabaksteuer	14 413 000	„
Zigarettensteuer	23 711 000	„
Zuckersteuer	147 178 000	„
Salzsteuer	58 048 000	„
Branntweinsteuer	180 000 000	„
Schaumweinsteuer	10 210 000	„
Leuchtmittelsteuer	15 013 000	„
Zündwarensteuer	15 010 000	„
Biersteuer inkl. Uebergangsabgabe	111 500 000	„
Stempelsteuer	198 544 000	„
Erbschaftssteuer	34 000 000	„

Die Schulden des Reiches. Die gesamte Reichsschuld betrug am 1. Oktober abgesehen von den im Umlaufe befindlichen unverzinslichen Schatzanweisungen:

an 4	proz. Schuldverschreibungen	410 000 000	Mark
„ 3½	„ „	2 020 000 000	„
„ 3	„ „	1 783 500 000	„
„ 4	„ Schatzanweisungen	340 000 000	„
	zusammen	4 553 500 000	Mark

Mit den 522 Millionen Mark neuer Schulden wird Deutschland somit am Ende dieses Jahres eine zu verzinsende Reichsschuld in Höhe von 5 075 500 000 Mark haben.

Die Eröffnung des Reichstages am Dienstag wird durch den Kaiser in Person erfolgen. Einige bürgerliche Blätter schließen daraus, daß dem Inhalt der Thronrede eine besondere Bedeutung zugemessen werden soll. Hierzu liegt aber durchaus kein Anlaß vor, wenn es zutrifft, was die „Tägliche Rundschau" über den Inhalt der Thronrede erfahren hat. Danach bietet sie keine bemerkenswerten Gesetzentwürfe. Allein an die vom Staatssekretär Dernburg nunmehr in Angriff genommene koloniale Eisenbahnpolitik wird ein dementsprechender Entwurf erinnern. Im übrigen dürfte sich die Thronrede mit den üblichen Floskeln, die die Abgeordneten zu einer ersprießlichen Zusammenarbeit auffordern, begnügen.

Ein Kanalrebell Oberpräsident. Zum Oberpräsidenten der Provinz Schlesien ist der anhaltinische Staatsminister v. Dallwitz ernannt worden. Der neue Oberpräsident war früher Landrat im Kreise Glogau, welchen Kreis er auch im preußischen Landtage vertrat. Hier stand er bei der Beratung der Kanalvorlage auf der Seite der Kanalrebellen und wurde deshalb gemaßregelt. Herr v. Dallwitz verließ dann Preußen, um sein Verwaltungstalent dem Herzogtum Anhalt zu widmen.

Er ist nunmehr bis zum Oberpräsidenten hinauf gemaßregelt worden! Ob es dem Bürgermeister Schücking einmal ähnlich so ergehen wird???

Wir möchten stark daran zweifeln, hat sich doch Bürgermeister Schücking gegen die Majestät des preußischen Landrats vergangen, während Herr v. Dallwitz nur gegen die Majestät des preußischen Königs rebelliert hat.

Der verschwundene Reichsinvalidenfonds. Aus der Kriegskostenentschädigung, die Frankreich an Deutschland zu leisten hatte, sind 561 Millionen Mark als besonderer Fonds angelegt worden, aus dem die Invalidenpensionen gezahlt werden sollten. Dieser Fondos hört im nächsten Jahre auf zu existieren, weil das Geld teilweise zu ganz anderen Zwecken verwendet worden ist. An Invalidenpensionen sind zurzeit noch 33 Millionen Mark im Jahre zu leisten. Diese Summe verringert sich allerdings von Jahr zu Jahr, es bleibt aber vom nächsten Jahre ab nichts anderes übrig, als diese Ausgaben aus den Mitteln des Reiches zu bestreiten, denn man kann selbstverständlich den Invaliden nicht erklären, daß sie künftig leer ausgehen, weil das Reich das für sie bestimmte Geld teilweise zu anderen Dingen verwendet hat.

Staatsmittel für Schnee- und Sturmschäden. Die preußische Regierung läßt Erhebungen pflegen über die Höhe des Schadens, der durch die letzten Schneestürme entstanden ist. Es besteht die Absicht, armen Gemeinden und bedürftigen Privatpersonen einen Teil des erlittenen Schadens aus Staatsmitteln zu ersetzen.

Aus dem badischen Landtage. Die Wahlprüfungskommission des badischen Landtages hat am Donnerstag die Wahl der Genossen Breitenfels, Pfeiffle und Willi für giltig erklärt, dagegen die Wahl der Genossen Wahn und Meyer beanstandet und Beweiserhebung beschlossen. Gleichzeitig hat die Wahlprüfungskommission die Wahl des Zentrumsführers Fehrenbach für giltig erklärt. — Zum Vorsitzenden der badischen sozialdemokratischen Landtagsfraktion wurde Genosse Geis gewählt.

Statistik der Landtagswahlen in Sachsen. Der sächsische Landtag stimmte einem nationalliberalen Antrag zu, der die Regierung auffordert, eine Statistik der letzten Landtagswahlen

herstellen zu lassen. Diese Statistik soll einen Ueberblick verschaffen über die Scheidung der Stimmen nach Alter, Zusatzstimmen, nach Kreisen, Parteien usw. Die Regierung erklärte sich mit dem Antrag einverstanden und will ihn so rasch als möglich in die Tat umsetzen.

Das endgiltige Resultat der Reichstagswahl in Halle a. S.-Saalkreis liegt jetzt vor. Unser Genosse Kuhnert erhielt 26 020, der Freisinnsmann Reimann 21 549 Stimmen. 1907 erhielt Kuhnert 21 941, der Freisinnige 25 249 Stimmen. Wir haben also 4097 Stimmen gewonnen, der Freisinn hat 3700 Stimmen verloren. Der Haller Freisinn hat sich also, wie das vorauszusehen war, mit seiner Bitte an die Freisinnigen in Landsberg-Soldin, durch die Unterstützung des dortigen Konservativen den Freisinn in Halle zu retten, umsonst prostituiert. Und wenn jetzt die „Kreuzzeitung" schreibt:

„Der Hallesche Wahlausfall fordert geradezu zu einem Vergleiche mit dem Ausgange der Wahl zu Soldin heraus. Der freisinnige Steuergegner unterliegt, und der konservative „Raubzügler" siegt; siegt als bisher einziger bürgerlicher Kandidat bei den in diesem Jahre vorgenommenen Ersatzwahlen unter der Steuerparole!",

so ist dieser Spott, der zum Schaden noch hinzugefügt wird, ein wohlverdienter.

Der Fall Schack. Die „Staatsbürger-Zeitung" teilt mit, daß der Abg. Schack demnächst aus der Heilanstalt entlassen wird, und daß er die Leitung der deutsch-sozialen Partei dahin verständigt habe, daß er an seiner Mandatsniederlegung festhalte.

Es wird also zur Nachwahl in Eisenach kommen. Bei der Wahl 1907 erhielten Genosse Leber 7875, Schack 6985, der Nationalliberale 6089 Stimmen, in der Stichwahl siegte dann Schack mit 9834 gegen 9509 Stimmen.

Spanien.

Der Krieg in Marokko. Madrid, 28. Nov. Der gestrige Ministerrat beschäftigte sich ausschließlich mit der Lage in Melilla. Der Ministerrat beschloß, unverzüglich technische Ausschüsse nach Melilla zu entsenden, um festzustellen, an welchen Punkten vorläufig Befestigungswerke errichtet werden sollen. Es wurde ferner der Beschluß gefaßt, mit der Entsendung der Truppen nach Spanien zu beginnen und zwar in der Weise, wie General Marina es für gut befindet. Die Mannschaften werden sofort nach der Landung in Spanien in ihre Heimat entlassen werden.

Japan.

Endgiltige Besitzergreifung Port Arthurs. Petersburg, 28. November. Aus Charbin meldet der „Rußkoje Slowo", Japan habe mit China einen Vertrag abgeschlossen, wonach die Zivilverwaltung des südmandschurischen Eisenbahngebiets China zufällt, wogegen die Liautung-Halbinsel mit Port Arthur für immer in Japans Besitz übergeht.

Kommunales.

Die Wahl Dr. Mugdans ungiltig. Der freisinnige Abgeordnete Dr. Mugdan erhielt bei der Stadtverordnetenwahl 472 Stimmen, sein Gegner 474 Stimmen, drei Stimmen waren zersplittert. Der Wahlvorsteher erachtete die zersplitterten Stimmen für giltig, infolgedessen fand Stichwahl statt, in der Mugdan mit Hilfe seiner guten Freunde Wiemer, Kopsch usw. „siegte". Das Mandat Mugdans wurde dann entgegen der Entscheidung des Berliner Stadtverordnetenkollegiums vom Bezirksausschuß für ungiltig erklärt. Die gegen diesen Bescheid beim Oberverwaltungsgericht eingelegte Berufung wurde verworfen. Dr. Mugdan muß sich also einer Neuwahl unterziehen, ehe er seine reaktionäre Tätigkeit im Stadtverordnetenkollegium wieder aufnehmen kann.

Zu Straßendemonstrationen kam es anläßlich der Stadtverordnetenwahlen in Striegau in Schlesien. Dort sind zahlreiche Arbeiter vom Wahlrecht zu den Stadtverordnetenwahlen ausgeschlossen, weil die Berechtigung zur Wahl nur durch Erlegung eines sehr hohen Bürgerrechtsgeldes erkauft werden kann. Die freisinnige Stadtverordnetenmehrheit lehnte bisher Anträge auf Abschaffung dieser Bestimmung ab. Die Arbeiter blieben der Wahl fern und protestierten aber am Wahltage auf den Straßen der Stadt gegen ihre Rechtlosigkeit. Die Polizei trat den Demonstranten entgegen, zu Ausschreitungen kam es nicht.

Umgehung des Oktrois. Um den Ausfall an Oktroi-Einnahmen nach der reichsgesetzlichen Beseitigung dieser indirekten städtischen Steuer zu decken, hat die Mainzer Stadtverwaltung beschlossen, die Fleischbeschau- und sonstigen Schlachthausgebühren so zu erhöhen, daß sie etwa ein Drittel des Ausfalles decken; der Rest soll durch Müllbesteuerung, Erhöhung der Gaspreise usw. aufgebracht werden.

Kommunal-Wahlsiege. Die pfälzischen Gemeindewahlen brachten in ihrem weiteren Verlauf unserer Partei in Dannstadt 2, in Lemberg 5, in Ebertsheim 2, in Alsenz 6, in Landau 2, in Neustadt 6 und in Altrip 7 Sitze. In Lemberg wurde der Genosse Neumüller und in Altrip der Genosse Hoock als Adjunkten gewählt. — In Windecken (Kreis Hanau a. M.) siegten bei der Stadtverordnetenwahl in der 3. Wählerklasse die zwei sozialdemokratischen Kandidaten mit 105 und 104 Stimmen, die Gegner erhielten 42 und 32 Stimmen. — Bei den Gemeinderatswahlen in den reußischen Orten Dorna und Windischenbernsdorf siegte glatt die sozialdemokratische Kandidatenliste. — In Deusen bei Dortmund siegten unsere Genossen in der 2. Abteilung und gewannen dadurch die Mehrheit im Gemeinderat; ebenso siegten wir in Ellinghausen in der 2. Abteilung. — In Niederbonsfeld im Kreise Bochum eroberten unsere Genossen zu den bisherigen 2 Mandaten der 3. Abteilung das zur Wahl stehende der 2. Abteilung, so daß sie jetzt die Hälfte der Vertreter haben. — In Nieder-Stüter, wo ein Mandat der 3. Abteilung zur Wahl stand, wurde der erste Sozialdemokrat gewählt. Desgleichen in Durchholz. — In Radeberg wurden am Donnerstag 4 Sozialdemokraten ins Stadtverordnetenkollegium gewählt. Bisher hatten wir dort keine Vertreter. — Bei der Stadtverordnetenwahl in Köslin brachten es unsere Genossen auf 266 bis 288 Stimmen und kamen dadurch mit den sämtlichen 5 bürgerlichen Kandidaten in die Stichwahl. Bei der letzten Wahl wurden nur 72 Stimmen für uns abgegeben.

Ludwigshafen, 26. Nov. Bei den Stadtverordnetenwahlen, die vergangene Woche stattgefunden haben und die zum ersten Male nach dem Proporz vorgenommen wurden, sind nach dem heute abend bekannt gegebenen amtlichen Resultat folgende Kandidaten gewählt: von den Liberalen 7 (4), Zentrum 4 (4), Sozialdemokraten 13 (11), Unabhängige 2 (8).

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

* Bielefeld, 29. November.

Wandschmuck-Ausstellung.

Gestern wurde die mit einfachen Mitteln vornehm ausgestattete Wandschmuck-Ausstellung im Restaurant „Stadt Bielefeld" vor zahlreich erschienenen Besuchern mit einem kurzen einführenden Vortrag eröffnet, aus dem folgendes wiedergegeben sei.

Nicht ohne Feiertagsstimmung sollen wir eine, wenn auch in bescheidenen Grenzen stattfindende Kunstausstellung betreten, denn sie umschließt eine Welt, die fern abliegt vom Daseinskampfe des Werktages und darum nicht mit Werktagsaugen betrachtet werden darf.

Nicht die Aussicht auf Erfolg, nicht klingender Lohn oder tönende Anerkennung bestimmt das Schaffen des Künstlers, sondern jedes echte Kunstwerk wird aus innerem Zwange heraus geboren. Nicht das Können allein, nicht die Geschicklichkeit der Hand ist das Bedeutsame, sondern das der Entstehung eines Werkes vorausgehende innere Erlebnis ist es, das eine Schöpfung zum Kunstwerke erhebt. Unter einem seelischen Zwange stehend, hat der Künstler sein Werk darstellen müssen, unbekümmert um Beifall und Lohn; oft selbst in Elend und Dürftigkeit lebend, hat er an seinem Werke gearbeitet, es mit seinem Herzblut der Vollendung entgegengebracht.

Es ist also sein ureigenstes persönliches Eigentum.

Anstatt aber nun solchen Werken, wenn auch nicht immer mit Anerkennung, so doch mindestens mit stillschweigender Duldung zu begegnen, betrachtet man alles Neue und Fremde mit Mißtrauen und Feindschaft. Während der über Pferde oder Hühnerzucht Redende etwas davon verstehen muß, um sich nicht zu blamieren, fühlt sich auf dem Gebiete der Kunst jeder zum Richter, jeder zu rücksichtsloser Verurteilung berufen, wenn sich etwas dem Verständnis nicht gleich erschließt. Ist es nicht besser, wenn wir, auf unbekanntes Land stoßend, mit einigem guten Willen, mit einer gewissen Feiertagsstimmung den Ideen des Künstlers zu folgen versuchen? Er ist der Gebende. Er borgt uns sein Auge und mit Erstaunen werden wir inne, was er in der Natur, an der wir bis dahin achtlos vorübergingen, Großes und Schönes gesehen hat. Jedes echte Kunstwerk trägt eine besondere persönliche Eigenart. Das ist das große Wunder im Garten der Kunst, daß immer neue, immer andere, immer merkwürdigere Blumen in ihm erblühen. Wir wollen uns dessen freuen und vorurteilslos durch die Tore der Freiheit und Toleranz den Wundergarten betreten.

Auch dürfen wir uns vor der Tendenz nicht fürchten. In der Ausstellung hängt ein Bild von Arthur Kampf „Einsegnung der Freiwilligen von 1813". Trotzdem wir als eins der höchsten Ideale den Völkerfrieden erstreben, treten uns diese zum Kriege gerüsteten ausdrucksvollen Gestalten auf dem Bilde dennoch menschlich nahe. Sie sind bereit, für eine Sache zu sterben. Was geht's uns an, ob wir diese Sache heute billigen, aber aus den Zügen spricht das menschlich Große ohne heuchlerische Pose in ehrlicher aufrichtiger Hingabe. Wie selten eine künstlerisch bedeutende Lösung einer solchen Aufgabe ist, beweisen die in vielen Volkskreisen verbreiteten sentimental verlogenen militärischen Darstellungen: wertlose Machwerke, dazu bestimmt, den „Heldentod" zu verherrlichen. Abgesehen vom seelischen Inhalt ist die Bildwirkung an diesem Beispiel besonders interessiert. Trotz der vielen Einzelheiten in der Menschenmasse geht diese, namentlich in der Ferne, zu einer geschlossenen ruhigen Gruppe zusammen, die nur schwarz und wuchtig durchschnitten wird von der segnenden Gestalt des Priesters, wodurch die Idee des Bildes bereits in der Gruppierung zu eminenter Klarheit und Wirkung gelangt.

Gewaltige Ehrlichkeit spricht aus den Werken Meuniers, der als Bildhauer die belgischen Bergleute darstellte. Das ist mehr als die einfache Wiedergabe eines Arbeiters, das ist die Wiedergabe der ganzen drückenden Last, die in ihrer Furchtbarkeit vor der Zeit den Nacken beugte, die Beine krümmte und die Züge in dumpfen Trotz erstarren ließ. Welch künstlerischer Ernst, welche gewaltige Sprache in der entstellten Gestalt des Pferdes, das in trostloser Arbeit in dunkler Bergwerksnacht verkümmerte.

Recht zahlreich sind die großen, meist Landschaften darstellenden Steinzeichnungen vertreten, dazu bestimmt, die schlechten Oeldruckbilder aus unseren Wohnungen zu verdrängen. Auch sollen sie uns die Schönheit unserer eigenen Heimat zeigen, die lange unter der Vorliebe für schlechte italienische und schweizerische Landschaften unbeachtet blieb. Diese Steinzeichnungen sind dazu bestimmt, von den Wänden herab zu wirken, darum sind sie flächig gehalten, um den Raum zu schmücken, eine Aufgabe, die eine kleinlich durchgeführte Arbeit nicht erfüllen kann. Ein großes Bild muß aus entsprechender Entfernung betrachtet werden, sodaß sämtliche Farben und Flächen sich zu einer Gesamtwirkung vereinigen können. Im Verhältnis zur Größe sind diese Drucke in der Preislage von 1 bis 6 Mk. äußerst billig.

Auch unter den kleineren Blättern befinden sich selbst in der Wiedergabe von wenigen Farben geradezu kostbare Blätter. Wer könnte sich wohl nicht erwärmen an dem ulkigen Rattenfänger von Hameln, der mit lächerlich langen Spinnenbeinen, stillvergnügt die Flöte spielend, seine Straße zieht. Unter den kleineren Bildern zu 50 Pfg. und zu 1 Mk. finden wir manche hervorragende, auf photographischem Wege hergestellte Wiedergabe wertvoller Gemälde, die jeden Pinselstrich, jeden Farbton originalgetreu wiedergeben. Die vordringende hochentwickelte Drucktechnik bietet dem bescheidensten Proletarierheim für wenige Groschen die schönsten und wertvollsten Gaben der Kunst, um den Erwachsenen sowohl wie der heranwachsenden Jugend Herz und Sinn zu bilden und zu erfreuen.

Darum, ihr Arbeiter, kommt in die Ausstellung, erwärmt euch am Sonnenscheint der Kunst!

* * *

Die schwarzen Rahmen aus Pappe sind nur provisorisch für Ausstellungszwecke bestimmt.

In der Ausstellung wie auf dem Bureau des Metallarbeiter-Verbandes sind für das ganze Jahr giltige Abonnements-Eintrittskarten zu Fischers Kunstsalon zum Vorzugspreise von 1,50 Mark zu haben.

— **Die Bielefelder Allgemeine Ortskrankenkasse** hielt am Sonnabend in der „Reichshalle" eine Generalversammlung ab, in welcher zum ersten Punkte der Tagesordnung die Wahl der Vertreter zu den Generalversammlungen vorgenommen wurde. Die Kasse hat jetzt 11 300 Mitglieder, und da auf je 50 Mitglieder ein Vertreter zu wählen ist, mußten 226 Arbeitnehmervertreter gewählt werden. Das Gewerkschaftskartell hatte eine Liste aufgestellt, in der möglichst alle interessierten Betriebe berücksichtigt waren. Von den 213 abgegebenen Stimmzetteln waren 209 unverändert abgegeben worden; die Liste des Gewerkschaftskartells ist somit gewählt. Die Arbeitgeber hatten die Hälfte der Zahl der Arbeitnehmervertreter, also 113, als Arbeitgebervertreter zu wählen; sie hatten auch eine Liste aufgestellt, die von den acht erschienenen Arbeitgebern oder deren Vertretern mit sieben giltigen Stimmzetteln gewählt wurde. — Zum zweiten Punkt der Tagesordnung „Bericht über die letzte Krankenkassentagung" referierte das Vorstandsmitglied Borchardt in etwa einstündiger Rede, indem er die in Bremen gehaltenen Referate besprach und die geplante Versicherungsordnung im besonderen kennzeichnete. Die „Volkswacht" hat die Versicherungsordnung ihren Lesern nicht nur mitgeteilt, sondern verschiedentlich auch besprochen und über die Krankenkassentagung in Bremen ausführlich berichtet, weshalb es sich hier erübrigt, näher auf das gehaltene Referat einzugehen. — Unter dem letzten Punkt „Verschiedenes" berichtet der Vorsitzende Scheele zuerst über den Stand der im Bau begriffenen Badeanstalt, über die Schwierigkeiten, die seitens der Mieter des gekauften Hauses in der Marktstraße und der Nachbarn der Kasse gemacht worden seien. Ueber der in den Garten gebauten Badeanstalt solle eine Wohnung für den Bademeister eingerichtet werden, da infolgedessen der Weg zu dem Badehause 2,30 Meter breit sein müsse, aber nur 2,16 Meter breit sei, habe man 14 Zentimeter vom Nachbar kaufen müssen. Ferner habe man sich erst mit den Mietern einigen müssen, weil diese ein Recht auf die Benutzung des Gartens hätten, sonst hätte man erst im April mit dem Bau beginnen können. Alle Schwierigkeiten seien jetzt überwunden und man hoffe, Anfang Februar die tadellos eingerichtete Badeanstalt, wie eine solche Bielefeld noch nicht besitze, in Benutzung nehmen zu können. Es werde dann auch möglich sein, den Familienangehörigen der Mitglieder die ärztlicherseits verordneten Bäder gratis verabfolgen zu können. Sämtliche medizinischen wie Warmwasser-Bäder sollen nicht nur an die Mitglieder, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, und deren Angehörige, sondern an alle Personen zu einem billigen Preise verabreicht werden, und selbstverständlich müsse dann die dafür notwendige Steuer entrichtet werden. Betreffs der Badeordnung werde die Bestimmung getroffen, daß die Arbeitsunfähigen am Tage baden müßten, damit sie den Arbeitsfähigen abends nicht den Platz wegnehmen könnten. Die erste Hypothek auf das Haus habe man aus dem Reservefonds, die zweite Hypothek von privater Seite genommen, so werde man es wohl auch mit der Badeanstalt machen. Die vorläufigen Ausgaben für die Badeanstalt habe man aus dem Betriebsfonds genommen. Alsdann machte der Vorsitzende Mitteilung über die bis jetzt im Laufe dieses Jahres gemachten Ausgaben für Arzt, Medizin, Kur- und Krankenhausbehandlung und alle Arten der Unterstützung und stellte Vergleiche mit dem Vorjahre an, die sehr günstig für das laufende Jahr trotz der erhöhten Unterstützungen und trotz der noch immer anhaltenden Krise ausfielen und einen sehr hübschen Betriebsüberschuß erwarten ließen. — Mehrere Mitglieder brachten Beschwerden vor, die hauptsächlich die Nachuntersuchung vor der Aerztekommission betrafen und vom Vorstande teils als berechtigt anerkannt und teils als unberechtigt zurückgewiesen wurden. Damit dem Vorstande die Möglichkeit gegeben ist, sich über alle Beschwerden zu informieren, brachte derselbe einen Antrag ein, daß alle vorzubringenden Beschwerden über Einzelfälle mindestens drei Tage vor Stattfinden der Generalversammlung dem Vorstande anzuzeigen sind. Dieser Antrag fand einstimmige Annahme. Allgemeine Beschwerden können wie bisher ohne vorherige Anzeige in der Generalversammlung zur Sprache gebracht werden.

— **Zinssatz für Spareinlagen bei der Stadtsparkasse.** Trotzdem die Stadtsparkasse seit Januar fast 1 Million Mark an Einlagen zugenommen hat, müssen noch erhebliche Geldmittel für Darlehen bereitgestellt werden. Für 2 Millionen Mark Darlehen sind im laufenden Jahre bewilligt worden. Da auch der allgemeine Geldmarkt wieder eine straffe Anspannung erfahren hat, sieht sich die Sparkassenverwaltung veranlaßt, für Spareinlagen auch weiter 3¾ Prozent Zinsen zu vergüten. Es geschieht dies sowohl im Interesse der Sparer, als auch im Interesse der Hausbesitzer, die Hypothekengelder aufnehmen müssen. Weitergehende Beschlüsse wurden in der letzten Sitzung nicht gefaßt.

— **Lustiger Abend.** Wir machen nochmals auf den morgen abend in der Centralhalle stattfindenden lustigen Abend des Gewerkschaftskartells aufmerksam.

— **Fremden-Abonnement im Bielefelder Stadttheater.** Der erste Abend dieser neu aufgenommenen Vorstellungen, die auf hiesige Abonnementsvorstellungen fallen, aber auch auswärtigen Theaterfreunden ermäßigte Preise einräumen, erfolgt am Dienstag, 30. d. M. Zur Aufführung gelangt nach neuerer Bestimmung, um geäußerten Wünschen nachzukommen, „Die Fledermaus", Operette von Joh. Strauß. Anmeldungen für die neun in Aussicht genommenen Vorstellungen nimmt die Direktion des Stadttheaters bis inkl. Dienstag entgegen.

— **Stadttheater.** Aus dem Theaterbureau wird uns geschrieben: Eine Neueinstudierung der „Lustigen Witwe" mit gänzlich neuer Kostüme-Ausstattung steht für Mittwoch bevor. „Die lustige Witwe" war es, deren kolossaler Erfolg die neue Aera der Operette ins Leben rief. Sie trat ihren Siegeszug um die ganze Welt an, um in allen Sprachen zu erklingen und überall den gleichen jubelnden Beifall zu finden. Auch hier werden die bekannten und beliebten Weisen gern wieder gehört werden. Die Titelrolle wird von Frau Sophie Berstl dargestellt, Danilo ist Herr Klotz, Rosillon Herr Schuler, Zeta Herr Gellert, Valencienne Frl. Renklov, Njegus Herr Schweisguth.

— **Bioiophontheater.** Wie uns die Direktion mitteilt, hat sie die Neuerung eingeführt, die Vorführung von Kunstfilms durch Rezitationen des Geschäftsführers, Herrn Rosen, begleiten zu lassen. Bisher wurden die „Bürgschaft" von Schiller, „Rudolf von Habsburg" und „Eine Fahrt auf dem Hochseedampfer" rezitiert.

— **Die Handelskammer** hat, wie uns aus ihrem Bureau mitgeteilt wird, den Magistratsantrag auf Genehmigung eines Zuschusses zur kaufmännischen Fortbildungsschule abgelehnt und uns eine ausführliche Begründung dieses Beschlusses zugehen lassen, auf die wir noch näher eingehen werden

Versammlungen.

Mittwoch, 1. Dezember.

Detmold. Soz. Verein.

Sozialdemokratischer Verein für den Wahlkreis Bielefeld-Wiedenbrück.

Donnerstag, 2. Dezember, abends 6½ Uhr, im Restaurant „Stadt Bielefeld":

Vertrauensmänner-Sitzung

Tariftreue Firmen der Tabakindustrie im 5. Gau.

Tabakarbeiter-Genossenschaft Burgsteinfurt; H. Schmitz, Soest; K. Kleine, Pyrmont; H. Posteher, Bielefeld; H. Blome, Sieler; Horstkötter, Heepen; Gadderbaumer Zigarrenfabrik Kuhlmann, Gadderbaum; Gebr. Ellermann, Bielefeld; H. Wolkenstein, Rheda; Fritz Schröder, Lage; Schlüter & Heldt, Rehme; Gebr. Sonnenschein, Gladbeck-Spenge; H. Dröge, Spenge; Fritz Schmidt-Eilshausen; Johann Imkemeyer, Werther; Wilhelm Strathmann, Rheda; H. Übing, Oetinghausen; H. Harders, Bünde; H. Schröder, Südlengern; H. Bosmann, Osnabrück; A. Blanke, Schledehausen; H. Blanke, Osnabrück; A. Liesing, Bramsche; Fritz Lies, Herford; W. Meyer, Hiddenhausen; Sewing & Heidemeyer, Bustedt; August Moning, Hiddenhausen.

Zentrum und Tabakarbeiter.

Die „Germania", das führende Organ der Zentrumspartei, gibt am 13. d. M. folgenden Artikel der „Berliner Politischen Nachrichten" wieder:

„Der Sinn und Zweck des Artikels 2a ist lediglich darauf gerichtet, die Arbeiter vor Not zu schützen, und zwar dadurch, daß ihnen wenigstens drei Vierteile ihres früheren Verdienstes gesichert bleiben, es konnte aber nicht beabsichtigt sein, sie auf Staatskosten in Arbeitslosigkeit, zum Zwecke der späteren Verfügung seitens ihrer früheren Arbeitgeber, zu halten. Findet der entlassene Tabakarbeiter in einem anderen Gewerbezweige, wenn auch zu niedrigerem Lohne, Unterkunft, so ist es nur gerecht und vernünftig, daß die staatliche Unterstützungspflicht als erfüllt zu gelten hat, wenn der Verdienst mit oder ohne Einschluß der staatlich gewährten Unterstützung wenigstens drei Vierteilen des früheren Verdienstes gleichkommt. Es macht sich aber vielfach, und leider unter Billigung vereinzelter Arbeitgeber, bei den entlassenen Arbeitern das Bestreben geltend, unter voller Ausnutzung der Staatsunterstützung lieber gänzlich müßig zu bleiben, als sich auch nur einen Teil des Lebensunterhaltes anders als auf dem Wege des Rentenbezuges zu beschaffen. **Dieser beklagenswerten Art von Rentenhysterie kann natürlich nur durch Entzug der staatlichen Unterstützung gesteuert werden. Zum Paladium für Arbeitsscheue kann und darf der Viermillionenfonds nicht werden.** Diejenigen Arbeitgeber, welche vielleicht geglaubt haben, daß ein solches Vorgehen entlassener Arbeiter im Interesse der Tabakindustrie liege, möchten aber gut tun, sich daran zu erinnern, daß erfahrungsmäßig Ungeschick und Unwilligkeit weit eher und nachhaltiger bei dem Handarbeiter einreißen, **der sich an Nichtstun gewöhnt hat, als bei demjenigen, der vorübergehend einer fremden Beschäftigungsart obliegt.**"

Die Zentrumspartei, die so von den Arbeitern schreibt, gründete aber auch christliche Gewerkschaften. Die Zentrumsmänner kommen sogar hier nach Westfalen, um die Tabakarbeiter für den christlichen Verband einzufangen, um, wie sie selbst erklärten, auf den Gimpelfang zu gehen. Nach solchen Auslassungen sollten die westfälischen Tabakarbeiter den christlichen Agitatoren die Tür weisen. Die christlichen Tabakarbeiter haben den Verrat Giesberts geschluckt, den Schnapsblock verdaut, auch diesen Fußtritt werden sie mit Dank hinnehmen.

Der Gesetzentwurf über die Unterstützung der Tabakarbeiter.

Der Entwurf für die endgiltige Ausgestaltung der Bestimmungen über die Unterstützung der durch die neue Tabaksteuer geschädigten Tabakarbeiter liegt jetzt, nach der „Süddeutschen Tabakzeitung", dem Bundesrat zur Beschlußfassung vor. Danach ist der Kreis der Unterstützungsberechtigten erweitert. **Auch ausländische Arbeiter erhalten ein Recht auf Unterstützung.**

...r- und Krankenhausbehandlung ...g und stellte Vergleiche mit dem ...ür das laufende Jahr trotz der ...otz der noch immer anhaltenden ...hübschen Betriebsüberschuß er... ...glieder brachten Beschwerden vor, ...chung vor der Aerztekommission ...ls als berechtigt anerkannt und ...esen wurden. Damit dem Vor... ...st, sich über alle Beschwerden zu ...nen Antrag ein, daß alle vorzu... ...Einzelfälle mindestens drei Tage ...sammlung dem Vorstande anzu... ...nd einstimmige Annahme. All... ...e bisher ohne vorherige Anzeige ...r Sprache gebracht werden.

...i bei der Stadtsparkasse. Trotz... ...ar fast 1 Million Mark an Ein... ...noch erhebliche Geldmittel für ... Für 2 Millionen Mark Dar... ...bewilligt worden. Da auch der ...ne straffe Anspannung erfahren ...waltung veranlaßt, für Spar... ... Prozent Zinsen zu ver... ...l im Interesse der Sparer, als ...sitzer, die Hypothekengelder auf... ...Beschlüsse wurden in der letzten

...achen nochmals auf den morgen ...ndenden lustigen Abend des Ge...

Bielefelder Stadttheater. Der ...ommenen Vorstellungen, die auf ...n fallen, aber auch auswärtigen ...se einräumen, erfolgt am Diens... ...g gelangt nach neuerer Bestim... ...n nachzukommen, „Die Fleder... ...uß. Anmeldungen für die neun ...llungen nimmt die Direktion des ...g entgegen.

...eaterbureau wird uns geschrieben: ...stigen Witwe" mit gänzlich ...ht für Mittwoch bevor. „Die ...kolossaler Erfolg die neue Aera ...ie trat ihren Siegeszug um die ...rachen zu erklingen und überall ...u finden. Auch hier werden die ...gern wieder gehört werden. Die ...ie Berstl dargestellt, Danilo ist ...ler, Zeta Herr Gellert, Valen... ...err Schweisguth.

...s die Direktion mitteilt, hat sie die ...rung von Kunstfilms durch Rezi... ...herrn Rosen, begleiten zu lassen. ...st" von Schiller, „Rudolf von ...f dem Hochseedampfer" rezitiert.

...wie uns aus ihrem Bureau mit... ...trag auf Genehmigung eines Zu... ...ortbildungsschule abgelehnt und ...ung dieses Beschlusses zugehen ...eingehen werden

...alungen.

... Dezember.

...erein für den Wahlkreis ...Biedenbrück.

...bends 6½ Uhr, im Restauran...

...nner-Sitzung

...abakindustrie im 5. Gau.

...rgsteinfurt; H. Schmitz, Soest; ...Vorsteher, Bielefeld; H. Blome, ...Gadderbaumer Zigarrenfabrik ...Gebr. Ellermann, Bielefeld; ...tz Schröder, Lage; Südlenter & ...onnenschein, Gladbeck-Spenge; ...midt-Eilshausen; Johann Imke... ...Strathmann, Rheda; H. Uding, ...ünde; H. Schröder, Südlengern; ...A. Blanke, Schledehausen; H. ...ng, Bramsche; Fritz Lies, Her... ...en; Sewing & Heidemeyer, Bu...enhausen.

...Tabakarbeiter.

...ihrende Organ der Zentrums... ...den Artikel der „Berliner Poli...

...Artikels 2a ist lediglich darau... ...t zu schützen, und zwar dadurch, ...rteile ihres früheren Verdienstes ...er nicht beabsichtigt sein, sie auf ...t, zum Zwecke der späteren Ver... ...Arbeitgeber, zu halten. Findet ...n einem anderen Gewerbezweige, ...ohne, Unterkunft, so ist es nur ...e staatliche Unterstützungspflicht ...n der Verdienst mit oder ohne ...hrten Unterstützung wenigstens ...Verdienstes gleichkommt. Es ...ider unter Billigung vereinzelter ...enen Arbeitern das Bestreben ...utzung der Staatsunterstützung ...en, a.s sich auch nur einen Teil ...als auf dem Wege des Renten... **...beklagenswerten Art von Ren... ...r durch Entzug der staatlichen ... Zum Paladium für Arbeits... ...iermillionenfonds nicht werden.** ...e vielleicht geglaubt haben, daß ...ner Arbeiter im Interesse der ...aber gut tun, sich daran zu er... Ungeschick und Unwilligkeit weit ...Handarbeiter einreißen, **der sich ...s bei demjenigen, der vorüber... ...tigungsart obliegt."**

...on den Arbeitern schreibt, grün... ...schaften. Die Zentrumsmänner ...n, um die Tabakarbeiter für den ...n, um, wie sie selbst erklärten, ...Nach solchen Auslassungen sollten ...den christlichen Agitatoren die ...Tabakarbeiter haben den Verrat ...napsblock verdaut, auch diesen ...hinnehmen.

...ber die Unterstützung ...akarbeiter.

...iltige Ausgestaltung der Be... ...ung der durch die neue Tabak... ...r liegt jetzt, nach der „Süddeut... ...besrat zur Beschlußfassung vor. ...erstützungsberechtigten erweitert. ...lten ein Recht auf Unterstützung.

Ferner sollen als im Tabakgewerbe beschäftigt gewesene Arbeiter auch Werkmeister und solche Arbeiter gelten, die in einem der Bearbeitung oder Verarbeitung von Tabak gewidmeten Betriebe mit Kistenmachen, Kistenkleben, oder mit ähnlichen, mit der Tabakverarbeitung oder mit der versandfähigen Herrichtung der Tabakerzeugnisse unmittelbar zusammenhängenden Hilfsarbeiten in dem erforderlichen Umfange beschäftigt sind.

Die Gesuche derartiger Arbeiter um Unterstützung wurden nämlich von den Behörden bisher einfach zurückgewiesen, weil sie keinen Tabak verarbeiteten, also keine „Tabakarbeiter" seien. Voraussetzung für jede Unterstützung ist nach wie vor, daß der Eintritt der Arbeitslosigkeit oder der Verdienstschädigung in die Zeit zwischen dem 15. August 1909 und 14. August 1910 fällt. Für die Monate August bis Oktober waren je 166 600 Mark, für November und Dezember sind zusammen 600 200 Mark zu Unterstützungen ausgeworfen. Eine Erläuterung des Begriffes „Hausgewerbetreibender" enthält der Entwurf nicht. Ebenso wenig erfährt man, auf wie lange die Unterstützungen gezahlt werden sollen.

Achtung, Tabakarbeiter!

Wegen fortgesetzter Schikanierungen und Maßregelungen organisierter Arbeiter, sowie wegen Lohnabzügen in den Filialen der Firma August Blase-Lübbecke ist die Firma gesperrt. Es wird bei der Firma wahrscheinlich zu einem großen Streik kommen. Traurige Arbeitsverhältnisse herrschen in den Betrieben der Firma, welche fast alle im Kreise Lübbecke liegen.

Weitere Folgen der Tabaksteuer.

Wir lesen in einem Altonaer „regierungstreuen" Organ:

„Die Not, in welche viele Tabakarbeiter durch das neuer Tabaksteuergesetz geraten sind, zeigt sich seit einiger Zeit auch in schöffengerichtlichen Verhandlungen, in denen mehrfach Tabakarbeiter wegen Bettelns angeklagt waren. Alle erklärten unbestritten, daß sie durch die Tabaksteuer in große Not geraten seien, keine Beschäftigung finden könnten und schließlich die Mildtätigkeit fremder Personen in Anspruch nehmen mußten. Das Gericht trug diesem Umstande auch Rechnung, indem es nicht verkannte, daß viele Tabakarbeiter durch das Tabaksteuergesetz unverschuldet in Not geraten sind. Eine Bestrafung mußte erfolgen, doch wurde in jedem einzelnen Falle nur auf eine Haftstrafe von drei Tagen erkannt, die durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt angesehen wurde."

Kann es eine schärfere moralische Verurteilung der neuen Steuergesetze geben, als sie durch diese Tatsachen ausgesprochen wird? Was kann dem Arbeiter noch ein Vaterland wert sein, in dem er nicht nur seiner Existenz beraubt, sondern obendrein noch für unverschuldete Not bestraft wird! Regierung und herrschende Parteien, für deren verbrecherische Politik arme Teufel im Gefängnis büßen müssen, machen sich freilich kein Gewissen daraus, welche Früchte ihre böse Tat trägt. Sie haben die Stirn, sich noch als „Retter" des Staates zu brüsten, nachdem sie mit ihrer sogenannten „Finanzreform" Ungeheuerliches an Verwüstung des Volkswohls geleistet haben. Erst wenn das Volk selbst einmal über sie Gericht hält, werden sie ernten, was sie gesät haben

Bureaukratische Langsamkeit.

Immer mehr häufen sich die Fälle einer mehrmonatlichen Verzögerung der Unterstützungsgesuche arbeitsloser Tabakarbeiter. Es geht uns weiter folgende Klage zu:

Der Zigarrenmacher P. Töns arbeitete von 1904 in Friedrichswalde. Infolge des neuen Tabaksteuergesetzes wurde er am 28. August 1909 arbeitslos. Er reichte deshalb am 9. September beim Gemeindevorsteher in Friedrichswalde ein Unterstützungsgesuch ein und gleichzeitig, um nicht fehlzugehen, beim Zollamt Eberswalde. Auf seine Anfrage am 10. November erhielt er vom Zollamt Eberswalde den Bescheid, daß die Sache beim Hauptzollamt in Prenzlau liege. Auf eine dorthin gerichtete Anfrage ist bis heute noch keine Antwort erfolgt. Also nach einem Vierteljahre der Arbeitslosigkeit noch keine Unterstützung. Und doch ist dieser Arbeiter körperlicher Gebrechen wegen außerstande, andere Arbeit zu übernehmen. Sein Jahresverdienst vom 1. Juli 1908 bis 30. Juni 1909 betrug 587,25 Mark. Davon nichts erspart werden konnte, ist selbstverständlich.

Einen weiteren Beweis für die Saumseligkeit, mit der die Unterstützungsgesuche der Tabakarbeiter erledigt werden, liefert das Hauptzollamt Würzburg. Bereits am 15. August reichte die Firma Schürer in Würzburg für ihre Arbeiter Unterstützungsgesuche bei dem Hauptzollamt ein, da die dort beschäftigten Arbeiter mehrere Wochen 4—5 Tage aussetzen mußten. Als die Arbeiter kürzlich wegen der Unterstützung wieder einmal Nachfrage hielten, erschien ein Zollbeamter und fragte die Arbeiter, ob sie sich während der vier Tage nicht andere Arbeit gesucht hätten. Bis heute erhielten die Arbeiter noch keinen Pfennig Unterstützung.

Vorsicht vor Krankenversicherungsanstalten!

Ein Bergmann in Annen hatte sich in eine Krankenkasse „Viktoria" in Zwickau aufnehmen lassen. Alles, Beiträge zahlen usw., ging gut. Aber da wurde der Mann krank. So etwas darf aber eigentlich nicht vorkommen. Bald erschien ein „Vertreter" der Kasse, um den Kranken zu kontrollieren. Der war zufällig zum Arzt, also nicht zu Hause. Die Folge davon war, daß er folgenden Ukas zugestellt erhielt:

„Da Sie bei der am 16. 10., mittags 1,50 Uhr, gehabten Krankenkontrolle nicht in Ihrer Behausung angetroffen wurden, sehen wir uns veranlaßt, Sie mit Mk. 2,00 in Strafe zu nehmen. Im Wiederholungsfalle müssen wir Ihnen jede Unterstützung entziehen!

Hochachtend!
Allgemeine Kranken- und Sterbeversicherungs-Anstalt
„Viktoria".

Der Drohung auf Entziehung der Unterstützung konnte die „Firma" bald nachkommen, denn sie hatte entdeckt, daß der betreffende Bergmann schon in früheren Jahren krank gefeiert hatte; und dies hatte er bei der Aufnahme nicht angegeben. Er erhielt infolgedessen ein Schreiben, worin er benachrichtigt wurde, daß er aus der Kasse gestrichen würde. Und so wird es meistens gemacht. Mag die betreffende Kasse nach ihrem Statut auch wohl im „Recht" sein, wir kennen solche Manipulationen. Deshalb nochmals: Nehmt euch vor Kranken- usw. -Versicherungsanstalten in acht; sie handeln meist nach dem Grundsatze: Nehmen ist seliger, denn geben!"

* **Brake**, 28. Nov. Dem Gutsbesitzer Hackemak sind zwei größere Komplexe Weißkohl (Kumst) erfroren.

* **Spenge**, 27. Nov. Heute nachmittag gegen 3 Uhr brannte der Kotten des Kolon Potthoff zu Nord-Spenge Nr. 6. Derselbe wurde von zwei Zigarrenarbeiterfamilien bewohnt. Beide hatten versichert und es ist das meiste gerettet worden. Die Entstehungsursache ist unbekannt.

* **Spenge**, 28. Nov. Am 1. Dezember übernimmt Genosse Heinrich Weitkamp jun. die Expedition der „Volkswacht" für Spenge. Da derselbe bis zum 1. April in Nord-Spenge wohnt, wird der bisherige Expedient den südlichen Teil von Spenge bis dahin weiter besorgen. Vom 1. April 1910 ab, wo Weitkamp seinen Wohnsitz in den Mittelpunkt von Spenge verlegt, übernimmt derselbe die ganze Verbreitung. Alle Parteigenossen, sowie die Preßkommission werden gebeten, dem Expedienten mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Die Abonnementsgelder müssen allmonatlich bis zum 15. bezahlt sein. Parteigenossen, tut eure Pflicht! Sorgt für weitere Verbreitung der „Volkswacht".

s. **Herford**, 25. Nov. Gewerbegerichtssitzung. Wegen fristloser Entlassung klagen die Tischler R. und B. gegen den Tischlermeister Quest, Jahnplatz. Der Beklagte stützt sich darauf, daß er erstens die beiden Kläger überhaupt nur zur Aushilfe angenommen habe, zweitens ausdrücklich bei der Einstellung gesagt habe, daß die Einstellung nur auf die Dauer der Kirchenarbeit wäre, und drittens, daß das Betragen der Kläger Grund zur sofortigen Entlassung gegeben habe. Von dem Herrn Pastor sei ihm gesagt worden, wenn er die Leute nicht aus der Kirche nähme, so würde ihm die Arbeit entzogen. Ueber das Betragen der Kläger werden zwei Zeugen vernommen, und zwar der Pastor Niemann und der Bauarchitekt Henning. Pastor Niemann gibt zu, daß er die Entlassung resp. Entfernung aus der Kirche gefordert habe. Die Kläger hätten einen mit der Aufsicht betrauten Mann mit Schlägen bedroht. Den Vorfall habe er zwar nicht mit angesehen, auch habe sich der Arbeiter nicht beschwert, sondern es sei ihm vom Bauarchitekten übermittelt worden. Der zweite Zeuge Henning schildert, daß ihm die Ausführung der Tischlerarbeiten recht viel Sorge und Unannehmlichkeiten bereitet hätte. Die Tischler sowohl als auch der Unternehmer Quest haben nicht das notwendige Verständnis für die zum Teil künstlerischen Arbeiten bezeugt. Des weiteren habe sich der Kläger R. ihm gegenüber ungebührliche „Gegenreden" erlaubt. Auf Befragen des Vorsitzenden kann sich der Zeuge einzelner Fälle und Gegenreden nicht erinnern. Nach Ansicht des Zeugen haben die Tischler auch viel zu wenig gearbeitet, der Kläger B. habe sogar einmal eine Pfeife geraucht. Während der Vernehmung dieses Zeugen kommt der Zeuge Pastor Niemann noch einmal von der Straße zurück und gibt noch eine weitere Aussage zu Protokoll, nach welcher er einmal zugegen gewesen sei, als der Kläger R. dem Bauführer in schnodderiger Weise geantwortet habe! Auf Vorhaltung gibt der Kläger zu diesem Fall folgende Erklärung: Die Beleuchtung der Kirche sei mittels elektrischer Lampen erfolgt, und da sei es vorgekommen, daß die Tischler mit Werkzeug oder Material gegen die Drähte der Leitung, die zum Teil auf dem Fußboden gelegen haben, gestoßen seien; dadurch seien die aufgestellten Lampen zu Fall gekommen, eine Absicht der Beschädigung habe ferngelegen. Der Architekt habe die Tischler aber beschuldigt, und dagegen habe er sich gewehrt und gesagt, daß er kein dummer Junge sei! (Und diese Verteidigung ist nach Ansicht des Pastors schnodderig!) Auf eindringliches Zureden des Vorsitzenden, in welchem er besonders dem Kläger B. gegenüber hervorhebt, daß er doch eigentlich nur für die Kirchenarbeit angenommen worden sei und deshalb nach Beendigung der Kirchenarbeit auch kein Recht auf eine Kündigungsfrist habe, zahlt der Beklagte jedem Kläger 5 Mark im Vergleiche.

* **Herford**, 27. Nov. Die Polizeiverwaltung erläßt folgende Bekanntmachung: Die Freibankordnung vom 31. März 1908 wird dahin geändert, daß an Stelle des § 3 Satz 1 folgende Bestimmung tritt: „Die Freibank befindet sich in der städtischen Markthalle", und an Stelle des § 7 Satz 1 folgende Bestimmung tritt: „Der Magistrat setzt die Zeiten für die Freibankverkäufe fest und gibt sie öffentlich bekannt." — Mit der Verlegung der Freibank ist ein Hauptwunsch der Arbeiter in Erfüllung gegangen. Die Verlegung hat erstens den Vorteil, daß in der zentral gelegenen Markthalle die Arbeiterschaft die Möglichkeit, zu kaufen, eher hat als in dem Schlachthofe; zweitens wird der Schaden bei Notschlachtungen nicht mehr so enorm sein, denn die bessere Kaufgelegenheit wird auch einen verminderten Verlust zur Folge haben. Der Radewiger Schweineversicherungsverein gab seinerzeit den ersten Anstoß zu der nun perfekt gewordenen Aenderung.

* **Detmold**, 27. November. Lippischer Landtag. Die Wertzuwachssteuervorlage ist in der heutigen Sitzung in zweiter Lesung durchberaten worden. Abgesehen von einigen Punkten, über die der Landtag sich noch nicht zu einigen vermochte und die deshalb nochmals in der Finanzkommission besprochen werden sollen, wurden die Vorschläge dieser Kommission angenommen. In der Regierungsvorlage war unter den Verkäufen, die von der Wertzuwachssteuer frei bleiben sollen, auch der Zwangsverkauf genannt. Aber in der Kommission hat man hierfür keinen stichhaltigen Grund anführen können, und so wurde beschlossen, Zwangsverkäufe mit unter das Gesetz fallen zu lassen. Weiter stimmte der Landtag der Kommission darin zu, daß es nicht angebracht sei, bei Abtretung von Grundstücken zu öffentlichen, gemeinnützigen, mildtätigen oder kirchlichen Zwecken grundsätzlich keine Steuer zu heben. Vielmehr soll in allen diesen Fällen ein besonderer Antrag an die Regierung erforderlich sein. Diese soll dann erst entscheiden, ob die Steuer erhoben werden muß oder nicht, wobei vorausgesetzt wird, daß hierfür nur Fälle in Betracht kommen, wo die Absicht einer Schenkung hervortritt. Länger debattiert wurde bei den Paragraphen, der von der Befreiung staatlicher und fürstlicher Grundstücke handelt. Schon gestern ist auf die Möglichkeit hingewiesen worden, daß die Vorlage an diesem Punkte scheitern könnte, wo nämlich das dreimal geheiligte angebliche Privilegium des „Landesherrn" in Frage kommt. In der Regierungsvorlage war für das Reich, den lippischen Staat und den Fürsten Steuerfreiheit vorgesehen. Die Kommission wollte, wie heute von dem Berichterstatter bemerkt wurde, anfangs den Paragraphen streichen, hat sich aber durch die bündige Erklärung des Staatsministers einschüchtern lassen, daß dann ein Scheitern des Gesetzes wahrscheinlich sei. So wurde denn vorgeschlagen, die genannten Instanzen von der Staatssteuer zu befreien, für die Gemeinden aber ihre Steuerpflicht bestehen zu lassen. Zu diesem Kommissionsbeschlusse nahm heute der Minister gewissermaßen offiziell Stellung. Er versuchte es so darzustellen, als ob die Regierung gar nicht anders habe handeln können, weil sonst ein Recht verletzt würde, das durch Vertrag festgelegt sei. Die allgemeine Steuerfreiheit des fürstlichen Hausbesitzes — das lippische Domanium ist 1868 zu einem unteilbaren Hausbesitze der fürstlichen Familie erklärt worden, es umfaßt den fünften Teil des ganzen Ländchens — ergebe sich aus der Abmachung von 1868, und ehe diese nicht geändert werde, könnte der Landtag nicht verlangen, daß das Domanium mit neuen Steuern außer der Grundsteuer belastet werde. Dieser Begründung einer, wie es scheint, etwas voreilig gefaßten Ansicht traten jedoch sowohl Abgeordnete der Linken wie der Rechten ganz entschieden entgegen, und besonders ein konservativer Herr wollte von einer solchen Auslegung des berüchtigten Domanialvertrages nichts wissen. Wenn — so wurde bemerkt — wirklich seinerzeit für alle Zeiten die Steuerfreiheit des fürstlichen Besitzes im allgemeinen hätte festgelegt werden sollen, so würde damals ganz gewiß nicht vergessen worden sein, es besonders und deutlich zu erwähnen. Da das aber nicht geschehen sei, so erfülle der Landtag dem Lande gegenüber nur seine Pflicht, wenn er jetzt die Heranziehung des Domaniums auch zu der Wertzuwachssteuer fordere. Leider haben die Herren inzwischen aber diese von ihnen anerkannte Pflicht schon arg verletzt, indem sie sich damit einverstanden erklärten, daß eine Befreiung von dem Anteile, den der lippische Staat an dem Wertzuwachse haben soll, eintrete. Dem gegenüber forderte Abg. Schmuck denn auch grundsätzlich die Streichung des ganzen Paragraphen. Nur dadurch sei eine unzulässige Bevorzugung des Domaniums zu vermeiden, zu der wirklich gar kein Anlaß vorliege. Wolle aber die Regierung ihre Drohung wahr machen und wegen dieser Lappalie die ganz bedeutungsvolle Vorlage fallen lassen, so sei das auch nicht so schlimm, weil dann die Entrüstung im Volke so groß und nachhaltig würde, daß manchem über die Unsinnigkeiten des fürstlichen Besitzes, bei so kleinen Verhältnissen im allgemeinen, erst die Augen aufgingen. Wer dann die Früchte ernte, sei nicht schwer zu erraten. Selbst der Abg. Dr. Neumann-Hofer bestätigte dem soz. Vertreter, daß bei einer solchen Klärung der Begriffe die Sozialdemokraten reiche Ernte halten würden. Zur besseren Fassung wurde der Paragraph an die Kommission zurückgegeben. Es wird jedoch wohl bei der Bestimmung bleiben, daß das Domanium keine Staatsabgabe, wohl aber die Gemeindesteuer bezahlen soll, denn es scheint, als werde schließlich auch die Regierung klein beigeben, die durch den Minister heute noch erklären ließ, an „höchster Stelle" sei noch keine Entscheidung gefallen. Das wirkt immer wie ein Witz aus der Biedermaierzeit, wenn im Landtage an die „höchste Stelle" getippt wird, die oft bei der Besprechung materieller Fragen gar nicht so „hoch" zu sein scheint.

In der Frage, wie weit der zur Feststellung des Wertzuwachses zu ermittelnde letzte Eigentumswechsel zurückliegen darf, hatt die Regierung eine etwas komplizierte Bestimmung vorgeschlagen, wonach u. a. die Gemeinden, die schon in den nächsten drei Jahren die Wertzuwachssteuer einführten, bis auf den 1. April 1890 hätten zurückgreifen können. Der Landtag hat sich jetzt aber mit folgendem Vorschlage der Kommission einverstanden erklärt:

> Ist der letzte Eigentumswechsel vor dem 1. April 1900 erfolgt, so gilt als Erwerbspreis der gemeine Wert, welchen das Grundstück am 1. April 1900 hatte. In allen übrigen Fällen tritt, wenn der frühere Erwerbspreis nicht zu ermitteln ist, an seine Stelle der gemeine Wert zur Zeit jenes Erwerbes.

Klarer mag diese Fassung sein, aber sonst hat sie gegenüber der Regierungsvorlage nicht viel Vorteile. Wertvoller ist an einer anderen Stelle die Veränderung der Vorlage dahin, daß die Steuersätze grundsätzlich durch das Gesetz abgestuft werden sollen, was die Vorlage den Gemeindeausschüssen überlassen wollte. So ist denn bestimmt, daß ein Wertzuwachs unter 300 Mark frei bleiben solle und weiter gehoben würden 4 Prozent bei einem Zuwachse von 10—12 Prozent, 5 Prozent bei 12 bis 15 Prozent Zuwachs und so fort bis 15 Prozent bei 50—60 Prozent Zuwachs und 25 Prozent bei 150 Prozent Zuwachs und darüber. 25 Prozent Abgabe ist der Höchstsatz. Bei Veräußerung bebauter Grundstücke sind bei einer Eigentumsdauer von 10—20 Jahren 5 v. H. und für je zwei weitere Jahre je 1 v. H. mehr, höchstens aber 10 v. H. des Wertzuwachses steuerfrei zu lassen.

Die wichtigsten der sonst noch vom Landtag heute in zweiter Lesung genehmigten Kommissionsbeschlüsse lassen wir hier folgen: Die Veranlagung der Wertzuwachssteuer erfolgt durch Steuerausschüsse, von denen für jede Stadt- und jede Amtsgemeinde einer gebildet wird. Steuerberufungen sollen unter Ausschluß des Rechtsweges von den Verwaltungsgerichten endgiltig entschieden werden. Zunächst hat der Steuerausschuß, dann der Berufungsausschuß zu entscheiden. Die durch das Veranlagungsgeschäft entstehenden baren Auslagen werden in jedem einzelnen Falle auf den Staat und die Gemeinden entsprechend verteilt. Alle übrigen Kosten trägt der Staat.

Wegen der Fassung der Schlußbestimmungen hat sich der Landtag noch nicht geeinigt, und deshalb ist dieser Teil ebenfalls an die Kommission zurückgegeben worden. Wahrscheinlich aber wird die Wirksamkeit des Gesetzes bis zum 1. Januar 1909 zurückdatiert und den Gemeinden Freiheit gelassen werden, für sich das Gesetz auch vom 1. April 1907 an wirken zu lassen, dies jedoch nur, wenn sie sich drei Monate nach der Verkündung des Gesetzes dazu entschließen und die Genehmigung der Regierung erhalten. Weshalb die Regierung noch dreinreden soll, ist nicht recht verständlich, da „Härten" doch nicht vorkommen können.

Die nächste öffentliche Sitzung soll erst am Donnerstag stattfinden.

* **Ahlen**, 23. Nov. Zum Reichsvereinsgesetz. Die Kreisleitung des Wahlkreises Beckum-Lüdinghausen-Warendorf hatte auf vergangenen Sonntag, 21. d. M., vormittags 10 Uhr, eine Parteibesprechung nach Werne a. d. Lippe einberufen. Die Besprechung war den Genossen durch Laufzettel bekannt gegeben worden. Als Genosse Jordan den wichtigsten Teil seiner Mission erledigt hatte, erschien die bewaffnete Macht von Werne, bestehend aus einem Gendarmen und einem Polizeibeamten. Die Genossen waren der Meinung, daß die Beamten, die des öfteren dort verkehrten, nur ihre Genüsse befriedigen und dann sich wieder entfernen würden. Aber in dieser Annahme hatten sie sich getäuscht. Da unseren Genossen kein anderes Lokal zur Verfügung steht und dieses Lokal von den Genossen nicht gemietet war, mußten sie von der Ausweisung der Beamten Abstand nehmen. Die Genossen ließen zunächst eine Pause eintreten und besprachen einige Angelegenheiten des Radfahrervereins. Den Wirt des Lokals konnten wir über den Gegenstand unserer Beratungen auch nicht unterrichten, sonst hätte er unzweifelhaft die Besprechung nicht abhalten lassen. So blieb den Genossen nichts anderes übrig, als ihre Beratungen unter dem Auge des Gesetzes weiterzuführen. Eine Versammlung, die der Anmeldepflicht bedurfte, war es nicht, darum fuhren wir in der Regelung unserer Angelegenheiten fort. Ein Genosse, welcher dem Wirt erklärte, als dieser Bier verabreichte, dasselbe wegen Erkältung nicht trinken zu können, er lieber mit einem Schnaps vorlieb nehme, wurde vom Genossen Jordan aufmerksam gemacht, daß er und jeder andere Genosse den Schnaps meiden solle, denn die klassenbewußte Arbeiterschaft Deutschlands habe den Boykott über den Branntwein verhängt, um den Schnapsjunkern die Liebesgabe zu entziehen. Auch sollte der Staat die gewünschten Einnahmen aus dem Fusel nicht erzielen. Dann nahmen die Genossen Stellung zum preußischen Parteitage. Genosse Jordan teilte mit, daß am 3. Januar der preußische Parteitag in Berlin stattfindet. Jeder Wahlkreis habe ein Interesse daran, daß der Parteitag zahlreich beschickt werde, je zahlreicher die Beschickung sei, um so größeres Interesse nehme die Oeffentlichkeit daran. Wer sich der Verhandlungen des Parteitages von 1907 zu erinnern wisse, müsse zugestehen, daß die Kritik in der preußischen Wahlrechtsfrage sehr viel dazu beigetragen habe, daß wir heute Sozialdemokraten im Parlament haben, die sich in ausgezeichneter Weise der Interessen der Arbeiter angenommen haben.

Jetzt kam der Gendarm auf unseren Genossen zu, fragte nach seinem Namen und ob er eine Bestätigung über die Anmeldung dieser Versammlung habe. Es wurde ihm erklärt, daß dies keine Versammlung sei, sondern nur eine Besprechung, in welcher innere Organisationsverhältnisse besprochen würden. Der Gendarm wurde von unserem Genossen auf das neue Reichsvereinsgesetz aufmerksam gemacht, wonach nur solche Versammlungen angemeldet werden müßten, die zur Erörterung politischer Angelegenheiten dienen, aber auch diese Versammlungen bedürften keiner Bestätigung durch die Behörde. Darauf wollte der Gendarm den Namen des Vertrauensmannes wissen. Es wurde ihm jedoch erklärt, daß es uns nicht einfalle, Namen zu nennen, auch an anderer Stelle nicht. Als wir dem Wunsche des Gendarmen nicht nachkamen, sagte er: „Ihre Rede (die wenigen Worte! D. B.) war eine politische und ich erkläre die Versammlung für aufgelöst, und fordere Sie alle auf, das Lokal zu verlassen!" Die Genossen kamen dieser Aufforderung nach und gingen über die Grenze Wernes nach Bergkamen. Sie haben dort ihre Geschäfte dann weiter erledigt. Die Genossen versprachen, nun erst recht für die Arbeiterbewilligung tätig sein zu wollen. — Das ist die Kraft, die das Böse will, jedoch das Gute schafft.

* **Dahlhausen** (Ruhr), 28. Nov. Hier wurde in der sogenannten Italienerkolonie eine Diebesbande verhaftet, die in der letzten Zeit zahlreiche rheinische und westfälische Orte heimgesucht hat. Die gestohlenen Gegenstände sind hier aufgestapelt. Die Polizei glaubt einer organisierten italienischen Diebesbande im Industriegebiet auf die Spur gekommen zu sein.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 29. Nov. In der Nacht zum Sonntag suchte ein junges Liebespaar, der Portier Goroll und die 19jährige Gertrud Diemer, in einem Hotel in der Invalidenstraße den Tod, indem es sich mit Lysol vergiftete. Gegen Goroll soll ein Verfahren wegen eines Vergehens schweben, weshalb das Liebespaar den Tod gesucht hat.

Wien, 29. Nov. Zu der Giftmordaffäre wird noch gemeldet: Im Verlauf des gestrigen Sonntags ist eine Kombination aufgetaucht, die allerdings geeignet wäre, einen erheblichen Teil der Ereignisse und die Haltung Hofrichters erklärlich zu machen. Sollte diese Kombination den Tatsachen entsprechen, so wäre Oberleutnant Hofrichter nicht allein der Täter. Man hält in kriminalistischen Kreisen eine sensationelle Wendung der Affäre nach dieser Richtung hin nicht für ausgeschlossen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Sachs, für den Inseratenteil: Wilhelm Böttcher, beide in **Bielefeld**.

Grosser enorm billiger Verkauf

Montag, Dienstag

Mittwoch, Donnerstag

in

:: Kleiderstoffen und Seide ::

Wir bieten hiermit eine ausserordentl. günstige Gelegenheit, **Weihnachts**-Kleider und seidene Blusen besonders vorteilhaft zu erwerben

Ca. 4000 Meter Kleiderstoffe.

65

Serie I
besteht aus:
Diagonal
Chevrons
Reinwoll. Cheviots
Zibelin-Kleiderstoffe
Schwere Hauskleiderstoffe
sonst bis 1.25
durchweg per Meter **85** ₰

Serie II
besteht aus:
Reinw. Diagonal-Chevrons
Eleg. reinwoll. Fantasiestreifen
Reinwoll. Cheviots
100 und 110 cm breite
Schwere Diagonal-Kleiderstoffe
sonst bis 2.00
durchweg per Meter **1.25** ℳ

Serie III
besteht aus:
110 cm breiten
Satintuchen
110 cm breiten
Chevrons
100 und 110 cm breiten
Fantasiestoffen
in grossen Farbensortim.
durchweg per Meter **1.95** ℳ

Serie IV
besteht aus:
110 cm breitem
prima Popelin
110 cm breiten
Cachemirs
130 cm breiten
Kostümstoffen
110 cm breiten
Damentuchen
sonst bis 4.50
durchweg per Meter **2.85** ℳ

Ca. **600** Mtr. **Blusen-Flanelle**
in Ia. reiner Halb- u. Viertel-Wolle
: in hellen und dunklen Streifen :
sonstiger Preis bis **2.65**

	Serie I	Serie II	Serie III
Mtr.	**95** ₰	**1.35**	**1.95**

Kleiner Posten
Kleiderstoffe à jour, Voiles Marquisettes
und andere Stoffe
sonst **0.95** bis **3.00**
durchweg Mtr. **50** ₰

Ca. **700** Meter
Kammgarn-Cheviots
110 cm breite Ware
vorwiegend in blau
sonst **1.65** bis **1.95**
durchweg Mtr. **1.45**

Nur während der Extra-Verkaufstage!
130 cm breite blaue **Kammgarn-Cheviots**
für Knaben-Anzüge
Serie I sonst **3.50** jetzt Mtr. **2.85**
Serie II sonst **2.90** jetzt Mtr. **2.45**

Ca. **1000** Mtr. **Blusen-Seide**
in uni und gestreift, in mehr als 40 Farben
sonst **1.95** bis **4.00**
jetzt Ser. I Mtr. **1.45** Ser. II Mtr. **1.95**

Posten schwere schwarze
Mervellieux-Seide
für Kleider und Blusen
sonst per Meter **3.90**
Meter **2.65**

Kleine Posten schwarze reinseidene
Damassé-Seiden
für Kleider und Blusen
— sonstiger Preis bis **5.50** —
Serie I **1.95** Serie II **2.85**

Posten reinseidene **Chinés**
für Besätze und Blusen geeignet
früherer Preis **2.75** bis **4.00**
durchweg per Meter **1.50**

Restbestand von ca. **400** Metern
Blusen-Sammete
sonst bis **3.75**
Meter **1.45** Meter **1.95**

Ca. 300 abgepasste **Kleider**
uni und gemustert, in Halbwolle und reiner Wolle
Jedes Kleid **6 Meter**
3.75 **4.90** **6.75** **8.75** **11.75**

Ca. 100 abgepasste **Wasch-Kleider**
aus prima Waschstoffen für Servierkleider
Jedes Kleid **6 Meter**
2.90 **4.00** **5.75**

Besonders vorteilhaft ausgelegt!
Tuchunterröcke
mit gestr. Moiré-Volant
solange Vorrat
Stück **3.90**

S. Alsberg & Co.

Grosser Posten elegante
Seiden-Unterröcke
erstklassige Fabrikate
in vielen Farben sortiert
sonst bis **24.00**
Stück **15.50**

Strickgarn

und selbst das allerteuerste, hat mancher Hausfrau Anlass zur Klage wegen des Eingehens und Verfilzens gegeben.

Ich führe eine neue, besonders hergerichtete, verbürgt reinwoll. Strickwolle, welche selbst nach heisser Wäsche nie filzig, dagegen nach jeder Wäsche weicher wird.

Jeder Versuch ist durchaus lohnend, da für Schweissfüsse oder empfindliche Füsse es nichts besseres gibt. [6598

Zentral-Bazar
Pradel
Jahnplatz 2.

Van den Bergh's preisgekrönte Margarine
ersetzt beste Naturbutter
beim **Kochen, Braten, Backen,**
sowie beim **Bestreichen des Brotes.**

Besonders zu empfehlen sind deren weltberühmte Spezialmarken
Vitello und **Clever Stolz.**

5719

Kaiserbad

Siechenmarschstrasse 13 4865

Behandlung von Frauenleiden

Solbäder, Fichtennadelbäder, elektrische Lichtbäder, elektrische Gesicht-Lichtbäder, Lohtanninbäder, Kohlensäurebäder,
indische Balsambäder.
Auch für Mitglieder sämtlicher Krankenkassen.

Lipphaus, Naturheilpraktiker, Sprechstunden: 8—10, 4—5 Uhr.



In der Buchhandlung „Volkswacht" ist zu haben:

Das Buch der Tierwelt.
Von
W. Lackowitz.
944 Seiten,
400 Abbildungen und Kunstbeilagen.
Preis 3.50 Mk.

Rechnungs-Formulare liefert in feinster Ausführung und billigst Buchdruckerei „Volkswacht".

Donnerstag

de ::

ne Blusen be-
zu erwerben

65

erie IV
s:
item
pelin
eiten
irs =
eiten
offen
eiten
chen
.50

durchweg
per Meter
2.85 M

r Extra-Verkaufstage!
mgarn-Cheviots
aben-Anzüge
Serie II
sonst 2.90
jetzt Mtr. 2.45

1.95
Mtr.

von ca. 400 Metern
-Sammete
nst bis 3.75
Meter 1.95

-Kleider
r
5.75

osser Posten elegante
eiden-Unterröcke
tklassige Fabrikate
vielen Farben sortiert
sonst bis 24.00
Stück 15.50

erbad
chstrasse 13 4865
n Frauenleiden
elbäder, elektrische
e Gesicht-Lichtbäder,
ohlensäurebäder,
lsambäder.
ntlicher Krankenkassen.
Sprechstunden:
praktiker, 8—10, 4—5 Uhr.

Buchhandlung „Volkswacht"
ist zu haben:
Buch der Tierwelt.
Von
W. Lackowitz.
944 Seiten,
ildungen und Kunstbeilagen.
Preis 3.50 Mk.

Beilage zur Volkswacht.

Nr. 278. Bielefeld, Montag, 29. November 1909. 20. Jahrg.

Die Unterschleife auf der Kieler Reichswerft vor dem Schwurgericht.

(Unber. Nachdr. verb.) Hg. Kiel, 27. November.

(21. Verhandlungstag.)

Der Prozeß wegen der Unterschleife auf der Kaiserlichen Werft geht nach vierwöchentlicher Dauer nunmehr seinem Ende entgegen. Nachdem die Staatsanwaltschaft auf die Erörterung der Submissionen verzichtet hat und aus dem übrigen Material die Schuld der Angeklagten herleiten zu können glaubt, bleibt nur noch eine Verhandlung über die Echtheit oder Unechtheit einer Reihe erst später in einer roten Mappe aufgefundener Briefe übrig. Die Prüfung dieser Briefe ist durch den bekannten Gerichtschemiker Prof. Dr. Jeserich-Berlin erfolgt und das Gutachten wird in der heutigen Sitzung erstattet. Die sich daran knüpfenden Auseinandersetzungen dürften wegen ihrer Wichtigkeit für die Schuld oder Nichtschuld der einzelnen Angeklagten etwa zwei Tage in Anspruch nehmen. Mitte der nächsten Woche hofft man, die Beweisaufnahme schließen zu können. Die Plaidoyers werden den Rest der Woche in Anspruch nehmen, so daß das Urteil für Sonnabend zu erwarten ist.

Das erhöhte Interesse für die heutige Sitzung zeigte sich gleich in dem stärkeren Andrang zum Zuhörerraum und in der vollen Besetzung der eigentlich für die Zeugen reservierten Plätze. Hier hatten Juristen und Marineoffiziere in großer Zahl Platz genommen. Der Vorsitzende Landgerichtspräsident Andrae eröffnete die Sitzung und gab den Geschworenen auf ihren Wunsch, und um ihnen die Möglichkeit zu geben, völlig klar zu sehen, die einzelnen Nummern der von der Staatsanwaltschaft beanstandeten Schriftstücke an. Sodann erstattete Gerichtschemiker Prof. Dr. Jeserich-Berlin sein Gutachten. Er wiederholte, daß es unmöglich sei, chemisch das Alter der Tinte festzustellen. Er setzte dann auseinander, daß bei den Briefen und Abrechnungen vier vier verschiedene Tinten in Frage kommen, zunächst eine Tinte, die der Gefängnistinte gleichartig ist, dann eine grünblaue Tinte, welche dieser Gefängnistinte ähnlich sieht und die durch Verdünnung der Gefängnistinte entstanden sein kann. Dann findet sich in den Kopiermappen eine Tinte, welche die im Verkehr gebräuchliche Kaisertinte ist, und schließlich findet sich bei den Kopierbriefen eine Kopiertinte, die, trotzdem sie sieben bis acht Jahre alt ist, heute noch volle Kopierfähigkeit besitzt. Sachver. Prof. Jeserich gab dann die Tinten an, die er bei den einzelnen Briefen gefunden hat, und verbreitete sich ausführlich über die verschiedenen Papiersorten, auf denen die Briefe geschrieben sind.

Vorsitzender Landgerichtspräsident Andrae: Es kommt aber hauptsächlich auf den Inhalt der Schriftstücke an. Wir müssen alle Briefe verlesen, da die Staatsanwaltschaft aus ihrem Inhalt die Schuld der Angeklagten beweisen will. Aus dem Inhalt werden auch die Schlußfolgerungen in bezug auf das Gutachten gezogen werden können. — Vert. R.-A. Stobbe: Wir bitten um eine längere Pause, um uns die Zahlen des Jeserichschen Gutachtens abschreiben zu können. — Zeuge Althändler Bartels, zwischendurch vernommen, bestätigt die Unzuverlässigkeit des Bahngewichts.

Sodann trat die verlangte Pause ein.

Nach mehrstündiger Pause wurden am Nachmittag die Verhandlungen wieder aufgenommen. Die Geschworenen hatten dem Präsidenten den Wunsch unterbreitet, um das von Professor Jeserich vorgetragene Zahlenmaterial klar übersehen zu können, eine Abschrift für sie herstellen zu lassen. Die Verteidigung ließ jedoch durch Justizrat Wallach widersprechen, da eine solche Abschrift eines Gutachtens an die Geschworenen nicht verteilt werden dürfe. Der Vorsitzende Landgerichtspräsident Andrae trat dann in die Erörterung der einzelnen Briefe ein: Wir haben zunächst zu verhandeln über die Briefe aus der gelben Mappe und zwar sollen sie zum Beweise dessen dienen, daß die Angeklagten Hermann Jacobsohn und Frankenthal mit den Angeklagten Heinrich und Chrunst in dauerndem Verkehr gestanden haben. — Vert. J.-R. Wallach: Wir haben das Gutachten des Professors Jeserich genau geprüft. Wir sind dabei zu dem Ergebnis gekommen, daß uns das Gutachten und seine Begründung vollständig genügt gegenüber der Behauptung der Anklage, daß Fälschungen vorgekommen sind. Ich habe jedoch noch eine Frage an Professor Jeserich. Seine Untersuchungsmethode besteht nach seinen Angaben darin, daß er die Gleichartigkeit der verschiedenen Tinten herleitet aus der gleichen Farbenreaktion. — Sachverst. Prof. Jeserich: Jawohl. — Verteidiger J.-R. Wallach: Ist nun nach dem Standpunkte der Wissenschaft und der Praxis die gleiche Farbenreaktion ein zwingender Beweis dafür, daß auch gleichartige Tinte verwendet worden ist, oder ist es nicht vielmehr richtig, daß völlig gleichartige Tinten eine verschiedene Farbenreaktion geben und umgekehrt, daß verschiedenartige Tinten eine gleiche Farbenreaktion geben? — Sachverst. Prof. Jeserich: Ich habe mein Gutachten erstattet auf Grund meiner jahrzehntelangen Praxis. — Vert. Justizrat Wallach: Und ich habe hier in der Hand ein Buch, das von hervorragenden Sachverständigen auf diesem Gebiete herrührt und in dem die Ausführungen gemacht werden, die ich eben angedeutet habe. — Ein Geschworener: Ist es richtig, daß dieselbe Tinte nicht nur hier verwendet wird, sondern auch anderswo? — Sachverst. Prof. Jeserich: Natürlich, es wird nicht Tinte fabriziert, die ausschließlich für das Kieler Landgericht verwendet wird.

Vors.: Wir haben zunächst zu verlesen einen Brief aus dem Jahre 1901 aus der gelben Mappe, der von Frankenthal geschrieben und an Hermann Jacobsohn gerichtet ist. In diesem Briefe heißt es: „Gestern habe ich „Rabbi" und „Meschores" gesprochen. „Meschores" lügt ganz frech und bestreitet, falsch gewogen zu haben. Gruß Frankenthal." Wer ist „Rabbi" und wer ist „Meschores"? — Angekl. Frankenthal: Der Brief ist neun Jahre alt, ich kann darüber heute keine Auskunft mehr geben. Ich glaube übrigens, daß der Brief mit Werftgeschäften überhaupt nichts zu tun hat. — Vors.: Das würde nicht so wichtig sein. Wir wollen wissen, wer ist mit „Rabbi", wer ist mit „Meschores" gemeint? — Angekl. Frankenthal: Ich hatte, glaube ich, damals mit Klünder einen Vertrag abgeschlossen; diese beiden Ausdrücke werden sich auf Klünder oder einen seiner Angestellten beziehen. Ich wiederhole, dieser Brief braucht mit Werftgeschäften in keinerlei Zusammenhang zu stehen. Eine andere Erklärung kann ich nicht abgeben. — Angekl. Hermann Jacobsohn: Auch ich weiß heute nichts Bestimmtes mehr zu sagen. — Vors.: Daß Klünder „Meschores" gewesen sein soll, sagen Sie beide. Wer ist nun „Rabbi"? Wenn Sie den einen kennen, der tot ist, müssen Sie auch den anderen kennen. — Die Angeklagten Frankenthal und Jacobsohn erklären wiederholt, daß sie keine weitere Erklärung abgeben können.

Ein anderer Brief stammt aus dem Jahre 1908 und ist gerichtet an die Firma Weber Nachfolger in Bochum. Es kommt darin folgende Stelle vor: „Beim Verladen mußte ich ihm ganze vier Mann zugeben. Der „Rabbi" wollte nicht anders." — Angekl. Frankenthal: Damit muß der Spediteur gemeint sein. — Vors.: Wir haben doch aber hier gehört, daß Ihnen von der Kaiserlichen Werft wiederholt eine Anzahl Arbeiter zum Zuladen zur Verfügung gestellt worden sind. Wer ist also mit „Rabbi" gemeint? — Vert. R.-A. Stobbe: Rat Heinrich kann gar nicht gemeint sein, denn er hatte keinerlei Einfluß darauf, ob Frankenthal sich Arbeiter mitbrachte oder nicht. — Vert. R.-A. Spiegel: Dieser Brief liegt zeitlich vor der ersten Submission, die unter Anklage steht. Die erste Submission stammt aus dem Jahre 1899, und dieser Brief ist dreiviertel Jahre alter. Vors.: Die Submissionen sind nur deshalb erst aus dem Jahre 1899 herangezogen worden, weil die übrigen verjährt sind. — Vert. R.-A. Stobbe: Es ist ja nicht zu vermeiden, daß der Vorsitzende die prägnanten Stellen der Briefe hier hervorhebt, weil sie wichtig sind zum Verständnis dessen, was die Anklage behauptet. Andererseits müssen wir uns aber auch dagegen wehren.

In einem Briefe vom 15. Mai 1899 von Hermann Jacobsohn an Frankenthal heißt es: „Rabbi" hat einen kleinen und einen großen Vogel", und in einem Briefe von demselben Tage an Hermann Jacobsohn von Frankenthal kommt der Satz vor: „Vor der Abnahme ist mit „Rabbi" zu sprechen. Ich habe heute einen Dalles wie noch nie zuvor." (Heiterkeit.) — Ein Beisitzer: Hier findet sich auf dem Brief eine Initiale, die ich nicht lesen kann. — Angekl. Frankenthal: Das heißt „d. O.", der Obige. (Heiterkeit.) Im übrigen kann ich auch über diese Briefe keine Auskunft geben, sie sind 10 Jahre alt.

In einem Briefe vom 23. August 1900 kommt der Ausdruck „Pascha" vor. — Angekl. Frankenthal: Auch das weiß ich heute nicht mehr aufzuklären. — Angekl. Hermann Jacobsohn: Ich auch nicht.

Ein Brief, der aus derselben Zeit stammt, enthält den Satz: „Ich habe genug von dem Alten mit seinen Grobheiten." Damit soll Rat Heinrich gemeint sein. — Staatsanwaltschaftsrat Neils: Dieser Brief ist nach Ansicht der Staatsanwaltschaft gefälscht. — Vert. J.-R. Wallach: Er ist aber mit derselben Tinte geschrieben, wie die unangefochtenen Briefe. — Angekl. Frankenthal: Es war mir ja ganz unmöglich, die Briefe zu fälschen. Ich hätte dazu eine Kopierpresse haben müssen. Ich bin überhaupt der Ansicht, man kann Briefe, die mit gewöhnlicher Tinte geschrieben sind, nicht kopieren, und wenn es ginge, wie soll ich es in meiner Zelle gemacht haben. — Sachverst. Professor Jeserich: Jede Tinte kopiert, wenn es sofort nach der Niederschrift geschieht. — Angekl. Frankenthal: Aber man muß doch dazu eine Kopiermaschine haben. Ich kann doch nicht einen ganzen Kontorbetrieb in meiner Zelle gehabt haben. — Vert. J.-R. Wallach: Eine Reihe der von der Staatsanwaltschaft beanstandeten Briefe sind meiner Ansicht nach zweifellos echt. — Vert. R.-A. Stobbe: Ich möchte wissen, was überhaupt mit diesen Briefen bewiesen werden soll. — Erster Staatsanwalt Gräfrath: Ich bin gar nicht der Meinung, daß man mit einer Kopierpresse zu kopieren braucht, man kann sich ja auch drauf setzen. (Heiterkeit.) — Vert. R.-A. Spiegel: Die Briefe müssen doch im Gefängnis geschrieben, herausgeschafft und dann an demselben Tage wieder hereingebracht worden sein, sonst hätten sie in den Akten gefehlt, und das geht doch nicht. — Vors.: Das geht leider sehr gut. Im übrigen kann man, wenn man ein Zweizentnergewicht auf das Buch legt, ganz gut kopieren. — Angekl. Frankenthal: Dann beantrage ich, daß Professor Jeserich mir das einmal vormacht. (Heiterkeit.) — Vors.: Der einzige Beweisantrag, der mir in diesem Stadium möglich erscheint, ist der, daß der Angeklagte Frankenthal jetzt einen Brief schreibt und zwar mit Gerichtstinte, und daß wir diesen Brief nach einigen Stunden kopieren. — Angekl. Frankenthal: Dann bitte ich aber, zwei Briefe zu schreiben, einen, den wir heute kopieren, und einen, der morgen kopiert wird, damit wir auch die spätere Wirkung sehen können. — Vors.: Herr Frankenthal, Sie wissen, daß ich in der Zulassung des Verkehrs mit Ihren Angehörigen Ihnen gegenüber ganz außerordentlich liberal gewesen bin. Ich habe einen täglichen Verkehr gestattet. Die Möglichkeit bestand also, daß ein Brief schnell heraus und wieder herein kam. — Vert. J.-R. Wallach: Dem muß ich entschieden widersprechen. Wir behaupten die Unmöglichkeit, etwas derartiges zu machen. Die Anklage behauptet, es wäre gegangen, und wir erwarten daher die Beweise der Anklage. — Erster Staatsanwalt Gräfrath: Gibt der Angeklagte Frankenthal wenigstens zu, daß seine Gattin und seine Tochter monatelang fast täglich bei ihm im Gefängnis gewesen sind? — Angekl. Frankenthal: Gewiß gebe ich das zu, sie sind sehr oft bei mir gewesen, aber ich habe sie immer nur in Gegenwart eines Gefängnisbeamten gesprochen. — Vert. R.-A. Spiegel: Es ist doch nicht möglich, an demselben Tage einen Brief hin und zurück zu bringen, weil täglich nur ein Besuch erlaubt war. — Angekl. Frankenthal: Ich wiederhole: Ich habe derartiges niemals gemacht. — Vors.: Die Staatsanwaltschaft hat schließlich über die wiederholten Besuche Beschwerde geführt. Der Erste Staatsanwalt hat an mich geschrieben, ich solle doch mit den Werftgefangenen keine Ausnahme machen, und deshalb habe ich vom 16. August ab nur noch den Verkehr durch ein Gitter gestattet. — Angekl. Frankenthal: Das ist richtig. Ich habe aber davon keinen Gebrauch gemacht durch Wochen hindurch, weil ich mich nicht entschließen konnte, mit meinen Angehörigen durch ein Gitter zu verkehren. — Vors. (zum Untersuchungsrichter Grützmacher): Sie haben doch die umfangreiche Korrespondenz durchgesehen. In welcher Weise haben Sie das gemacht? — Zeuge Untersuchungsrichter Grützmacher: Ich habe alle wichtigen Briefe ein- bis zweimal durchgesehen. — Angekl. Frankenthal: Das Material ist ja von einem Menschen kaum zu bewältigen. Allein die Korrespondenzen zwischen Brakel, Hermann Jacobsohn und mir ist in 31 Mappen untergebracht. Es sind das Tausende von Briefen. — Vert. J.-R. Schirren: Kann der Untersuchungsrichter annähernd angeben, um wieviele Briefe es sich handelt? — Zeuge Untersuchungsrichter Grützmacher: Das läßt sich kaum schätzen. — Vert. J.-R. Schirren: Es soll sich um 500 000 Briefe handeln. Angekl. Frankenthal: Soviele sind es wohl nicht. Ich schätze ihre Zahl auf 20 000 bis 22 000. — Angekl. Siegfried Jacobsohn: Ich habe mir die Mühe gemacht, nachzurechnen, und ich habe herausbekommen, daß allein Brakel täglich 60 bis 70 Briefe bekommen hat.

Hierauf wurde die Verlesung der Briefe fortgesetzt. In einem

Die Hosen des Herrn von Bredow.

Vaterländischer Roman von Willibald Alexis (W. Häring).

32

„Die Fakultäten, Lieber, würden vielleicht antworten, daß kein Mensch ein Recht hat, auch nur den Teufel tot zu schlagen, sintemal Gott ihn bestehen läßt, daß er uns zu unserm Heil versucht. Was nun Judas anlangt, so hat Gott es auch gefügt, daß weder Ihr noch ich ihm in der Köpnicker Heide begegnen könnt, da er längst seinem Gerichte verfallen ist. Auch ist nicht der geschlagen, sondern der Krämer Hedderici, und der ihn schlug, seid nicht Ihr, sondern es ist Gottfried Bredow. Was sagt Ihr dazu! Nicht wahr, es stehen Euch die Haare zu Berge."

„Die Sache fordert —"

„Die strengste Untersuchung. Die soll ihr werden."

„Gewiß, die allerstrengste, gnädiger Herr. Und doch überschleicht mich ein Bedenken, ob es nicht geratener sei, die ganze Sache auf sich beruhen zu lassen. Verzeiht mir, es ist nur eine Ansicht. Der Gerechtigkeit natürlich ihren vollen Lauf, aber das Wohl des ganzen Reiches, vor allem Eurer selbst, Eurer erlauchten Familie kommt doch auch in Betracht. Die Macht, die Verbreitung der Bredow über das ganze Havelland, die halbe Zauche, wo sind nicht die Bredows, muß man nicht aus dem Auge lassen. Ich weiß wohl, es sind nicht mehr die Zeiten der Gänse von Puttlitz und der Quitzow, ich rede auch nicht von einem Aufstande, der zu fürchten wäre, Euer starker Arm würde ihn niederschlagen; Rücksichten aber hat jeder Fürst, insonderheit jeder christliche Fürst und noch mehr einer, der nur für das Wohl seiner Untertanen lebt. Also ganz abgesehen von einer Furcht vor etwas, was mein hoher Herr nicht fürchten darf, Ihr schlügt einem Feinde in den Nacken, der furchtbar werden kann. Ich meine die Meinung, welche die Familie für sich hat. Sie haben in letzter Zeit sehr viel auf sich gehalten, man hörte seit dreißig Jahren nicht, daß ein Bredow auf der Straße lag. Welches Aergernis gäbe ein Prozeß und gerade gegen eines ihrer Mitglieder, das sich des besten Rufes erfreute. Eine scharfe Gerechtigkeit, gegen ihn geübt, würde selbst die Gerechten verdammen."

„Es ist geschehen."

„Es ist noch nicht verlautbart; man kann es noch ungeschehen machen. Dieser lumpige Krämer läßt sich abfinden, wenn nicht mit wenigen, kann man viel geben. Die Bredow in Friesack würden tief in ihre Läden greifen, aber, wenn mein Rat durchginge, ließen wir es nicht bis dahin kommen. Beföhle mein Kurfürst, so würde ich mit Vergnügen selbst das Mittleramt übernehmen."

„Ich habe dem Feinde in den Nacken geschlagen, dem ich ins Auge sehen will," rief der Kurfürst aus, und seine Augen leuchteten vor edlem Zorn. „Morgen wird der Uebertreter nach Berlin geführt, ich werde ihn richten. Auswendig, Lindenberg, willst du das Testament meines Vaters kennen, und hast doch schon seinen Inhalt vergessen. Legst du so die Worte aus:

„Deinen Thron wirst du nicht besser befestigen, als wenn du den Reichen nicht nachsiehst, wo sie die Geringen überwältigen, und wenn du Recht und Gleich einem jeden widerfahren lässest."

Ich will den Reichen nichts nachsehen, ich will gleiches Recht einem jeden schenken. Ist er's, dann beim Wohl meines Landes, bei meinem Schutzpatron, bei den Heiligen allen, beim höchsten Gotte, den Rücksichten einen Fußtritt, die zwischen mir und meiner Pflicht sich eindrängen wollen."

So hatte der Geheimrat seinen Herrn noch nicht gesehen. Auch Johannes Cicero, als er die fünfzehn Schlösser der Raubritter niederreißen, als er die Schuldigen richten, als er in Stendal das Henkersschwert walten ließ gegen die Aufrührer, so furchtbar hatte er ihm nicht gedünkt, als jetzt der Sohn. Der Sohn in seinem Zorn, der doch kaum aus dem Jünglingsalter zum Mann geworden. Welche Aussicht lag vor ihm!

Der Kurfürst mochte den Eindruck bemerkt haben, den seine Rede auf seinen Liebling hervorgebracht. Er setzte sich wieder und winkte ihm freundlich, neben ihm Platz zu nehmen.

„Ich mag es begreifen, wie es dich schmerzt, sie sind deines Blutes und Standes. Soll es mich aber nicht mehr schmerzen, der ich das Siegel und das Haupt bin ihres Bundes. Wie soll ich mit meiner Ritterschaft vor Kaiser und Reich bestehen, wo ich ihre Ehre verteidigen und vertreten soll und gleich geachtet wissen mit denen in Franken und Sachsen, in Schwaben, Westfalen und am Rheine, wenn sie hohnlachend auf sie weisen und sprechen: Sind das deine Ritter, die nachts in die Hürden brechen und Hammel und Ochsen stehlen und Gänse forttreiben? Damit ich da nicht erröten muß und weinen über alle, muß ich hier ausreuten das Unkraut vom Weizen. Mag dieser eine Mann nur dies eine Mal verfallen sein den Stricken der Versuchung, da tut es mir leid um ihn; mehr kann ich nicht, als ihn beklagen. Dann aber wird seine Bestrafung anders wirken, als du fürchtest; denn die Leute werden denken, wenn selbst ein langer untadelhafter Wandel vor dem Verbrechen und der Strafe nicht schützt, wie muß da täglich jeder beten und stündlich auf sich acht haben, daß ihn der Böse nicht in einer schwachen Stunde beschleiche, wo die stündige Lust und der Kitzel dieser Stunde die Gedanken und Werke von vielen Jahren vernichtet."

Der Herr von Lindenberg schien wieder seine vorige Ruhe gewonnen zu haben.

„Euer Durchlaucht Gründe haben mich überzeugt. Es kann nur der leibhaftige Satan gewesen sein, der diesen Mann verführt hat, Satan, dessen Macht Euer Gnaden hochgelehrter Hofkaplan noch letzten Sonntag in der Predigt, so daß uns allen die Haare zu Berge standen, beschrieb. Auf die Aussage des Krämers ist nichts zu geben, er war von Angst und Schreck geblendet. Mir scheinen da geheimnisvolle Dinge im Spiel. Wie wenn man die Sache dem Freigericht übertrüge? Die heilige Feme, im Besitz uralter Ueberlieferungen, ist in diesen geheimen Dinger sicherer, das rechte zu treffen. Auch üben ihre Aussprüche, die Vollstreckungen ihrer Urteile auf das Volk noch immer eine wunderbare Macht. Ist es geschehen, forscht niemand nach dem Warum. Wenn eines Morgens Gottfrieds Leiche auf der langen Brücke mit getrenntem Kopfe läge, wenn es hieße, daß er, verfemt, verdammt, von dem Schreckbilde des Volkes, der eisernen Jungfrau, umhalst, seine Uebertretung gebüßt, alsdann wären alle schlimmen Folgen von der Person meines Fürsten abgewälzt."

„Ein heimliches Gericht!" rief Joachim. „Da sei Gott für Was ich tue, soll das Licht der Sonne nicht scheuen, ich will's vertreten vor männiglich."

„So erwartete ich es von meinem gnädigsten Herrn."

„Und du lächelst, wo mich in der Seele schaudert."

„Freimütig will ich es gestehen, mich befremdete der Gegenstand des Gesprächs. Während ich glaubte, daß mein Fürst mich zum Rat über Wichtigeres berufen, beschäftigt ihn ein elender Straßenraub. Vertieft dachte ich ihn mir in den großen Planen, wie wir endlich den sehnlichen Wunsch, die ernste Aufgabe seines Vaters lösen. Es ist eine Ehrenaufgabe Eures Hauses. Der Kaiser fordert es, daß jeder Kurfürst in seinen Landen eine Hochschule gründe, die Stände des Reiches dringen darauf, schon seit zwei Geschlechtern, Euer Vater hinterließ die Gelder —"

„Kannst du zweifeln, daß ich sie richtig verwenden werde?"

„Behüte mich der Himmel vor solchem Frevel! Doch begreife ich nicht, wie meines Fürsten Geist, ganz von diesem großen Geschäfte erfüllt, noch mit Dingen sich abgibt, die er seinen Räten und Dienern überlassen kann."

„Da, sieh' hier," rief Joachim, und riß aus den Fächern seines Schreibtisches Papiere und Pergamente. „Hier fließt die Oder, hier ist Frankfurt; das ist der Riß zum Kollegienhaus; im künftigen Jahre wird der Bau begonnen. In dieser Kapsel ist die Bulle des Papstes, hier ist des Kaisers Freibrief, den mein Vater schon empfing. Dies Pack die Briefe, gewechselt mit den Gelehrten in Basel, Straßburg, Leipzig. Lächelst du wieder darüber?"

„Mein verdammter Mund, der so wenig ausdrückt, was die Seele denkt. Ich bin kein Gelehrter, wie mein Fürst, aber wär' ich's, ich könnte mich nicht mit andern Dingen daneben beschäftigen. Auf die Gefahr, meinem Herrn zu mißfallen, spreche ich es geradezu aus, es ist meine Pflicht als Mitglied Eures Geheimen Rates, wenn die Seele von einem Gegenstande erfüllt ist, sollte sie auch alle Kräfte ihm widmen. Wie lange hat sich's nun schon hingezogen, daß die Mark einer Universität entbehrt, weil Euer erlauchter Vater von zu vielen andern kleinen, lästigen Sorgen gedrückt war. Ob die Straßen fahrbar, ob sicher sind, ob die Zölle gut verpachtet, ob die Bierziese richtig eingeht, dafür können andere sorgen, aber das geistige Wohl Eures Volkes zu bewachen, zu diesem hochheiligen Geschäfte, weiß ich nur einen,

Briefe Hermann Jacobsohns an Frankenthal bestellt jener die besten Grüße des „Alten". Damit ist Rat Heinrich gemeint. — Angekl. Hermann Jacobsohn: Jawohl. — Vors.: Sie schicken also dem Angekl. Frankenthal die besten Grüße vom „Alten". Wie stimmen diese Grüße überein mit Ihren sonstigen Angaben, daß Rat Heinrich immer grob gegen Sie und die anderen jüdischen Händler gewesen sei? — Angekl. Hermann Jacobsohn: Rat Heinrich war nicht immer grob, manchmal hatten wir uns auch ausgesöhnt. — Vors.: Angekl. Heinrich, haben Sie einmal durch Hermann Jacobsohn Grüße an Frankenthal bestellen lassen? — Angekl. Heinrich: Ich habe heute davon keine Ahnung mehr.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung kam zur Sprache, daß der Angeklagte Frankenthal wiederholt Beamten, die nichts mit der Werft zu tun hatten, Geld geliehen hat. — Vert. J.-R. Wallach: Das ist geschehen aus reinem guten Herzen und Frankenthal hat Leuten Geld geliehen, von denen er in dienstlicher Beziehung nicht das geringste verlangt hat oder erwarten konnte. — Erster Staatsanwalt Gräfrath: Diese Behauptung wird von uns nicht bestritten. — Vert. J.-R. Wallach: Wir wollen beweisen, daß Darlehen an Leute gegeben worden sind, an deren Pflichtverletzung Frankenthal nicht das geringste Interesse hatte. — Angekl. Frankenthal: Wenn ich jemandem Geld schenke, oder wenn ich jemandem Schmiergelder gebe, so wird das bei mir doch nicht in die Bücher eingetragen und es wird auch nicht in Raten von 20 Mk. zurückgezahlt. Das ist aber mit diesen Darlehen geschehen. — Vert. R.-A. Spiegel: Ein Polizeikommissar hat von Frankenthal 10000 Mk. geborgt erhalten ohne jede Gegenleistung. — Vors.: Das wird ja hier nicht bestritten. — Angekl. Frankenthal: Der Mann kam zu mir, weil er Bürgschaft geleistet hatte und nun bezahlen sollte. Da war ich ihm gefällig. — Erster Staatsanwalt Gräfrath: Es wird ja alles mögliche zugegeben, daß Frankenthal auch anderen Leuten, die nicht Werftbeamte waren, Geld geliehen hat, und ich gebe auch zu, daß er es getan hat, ohne den Beamten irgend etwas zuzumuten.

Die Staatsanwaltschaft und die Verteidigung beantragten erneut, Zeugen zu laden für die nächste Woche, um weitere Unklarheiten des Prozesses noch aufzuklären. — Vors.: Wenn solche Anträge immer wieder kommen, dann sind wir Weihnachten noch hier zusammen. — Ein Geschworener: Ich bitte doch wirklich, auch auf uns etwas Rücksicht zu nehmen. — Die Verteidigung und die Staatsanwaltschaft verzichten darauf auf ihre Beweisanträge. — Es wurde hierauf ein Brief vom 20. September 1900 verlesen, der von Frankenthal an Hermann Jacobsohn geschrieben ist und den der Vorsitzende als einen sehr wichtigen Brief bezeichnet. In diesem Brief heißt es: „Die von uns versprochene Nachzahlung von Mk. 2000,— auf Eisenabfälle muß voll geleistet werden, da der Schwiegersohn des Betreffenden, welcher bislang an der Kasse hier war, plötzlich nach Wilhelmshaven versetzt ist und eine Menge Rechnungen zu begleichen ist." — Vors.: Wir haben den Schwiegersohn des Rats Heinrich hier gesehen und er hat uns bekundet, daß er bei der Werft an der Kasse angestellt war und daß er um diese Zeit nach Wilhelmshaven versetzt worden ist. — Angekl. Frankenthal: Diese 2000 Mark betreffen nicht den Rat Heinrich, sondern sie betreffen irgend ein anderes geschäftliches Verhältnis, das mit der Werft nichts zu tun hat und über das ich heute keine näheren Aufklärungen mehr geben kann. — Vors.: Der Schwiegersohn des Rats Heinrich hat uns bekundet, daß Sie ihm Darleben gegeben haben. Hier handelt es sich aber um 2000 Mark, während das Darlehen nur 600 Mark betrug. Wenn man den Brief nüchtern und ruhig liest, so kann aus ihm nichts anderes herausgelesen werden, als daß Sie einem Herrn, dessen Schwiegersohn nach Wilhelmshaven versetzt worden ist, 2000 Mark zahlen mußten. — Angekl. Hermann Jacobsohn: Ich habe den Schwiegersohn des Rechnungsrats Heinrich ja hier zum ersten Male gesehen. Ich kannte ihn ja gar nicht. — Vors.: Das kann sein, wir wollen aber den Eindruck des Briefes nicht verwischen. Weil der betreffende Schwiegersohn nach Wilhelmshaven versetzt wurde, mußten die 2000 Mark bezahlt werden. — Staatsanwaltschaftsrat Neils: Aus dem Scheckbuch des Angeklagten Frankenthal geht hervor, daß zwei Tage vorher von ihm 2000 Mark auf der Bank abgehoben worden sind. — Angekl. Heinrich: Ich weiß von diesen 2000 Mark absolut nichts und habe das Geld niemals bekommen. — Vert. R.-A. Stobbe: Aus dem Kassabuch des Angeklagten Frankenthal ist nicht zu ersehen, daß von ihm diese 2000 Mark an den Rat Heinrich gezahlt worden sind. Staatsanwaltschaftsrat Neils: Aber aus dem Scheckbuch sieht man, daß das Geld abgehoben worden ist. — Vert. Rechtsanwalt Stobbe: Frankenthal wird wohl alle Tage Geld von der Bank abgehoben haben. — Angekl. Frankenthal: Die 2000 Mark sind doch als Einnahme von mir gebucht. — Vors.: Jawohl. — Angekl. Frankenthal: Dann müssen auch auf der anderen Seite die betreffenden Ausgaben stehen. — Vors.: Jawohl.

Ein Brief vom 20. September 1900 stammt von Jacobsohn und ist an Frankenthal gerichtet. Es kommt in ihm der Ausdruck „Balbost" vor, und es wird gesagt, daß „Balbost" 150 Tonnen plus gerechnet habe. Wenn man dazu rechnet, was mit dem „Meschores" gemacht worden sei, könne man wohl zufrieden sein. Weiter schreibt Hermann Jacobsohn in diesem Briefe: „Brakel hat schon recht, Sie wollen den Verdienst allein genießen. Sie wollen zu rasch Millionär werden, was ich ja auch von Herzen glaube, aber ich will auch etwas verdienen. Mit Ihnen ist ein Zusammenarbeiten fast unmöglich."

Angekl. Hermann Jacobsohn: Ich kann keine Aufklärung über diesen Brief geben. — Angekl. Frankenthal: Der ganze Brief beweist das große Mißtrauen Hermann Jacobsohns gegen mich, weiter nichts. — Ein Geschworener: Wann sind denn überhaupt die neuen Briefe zum ersten Male entdeckt worden? — Vert. R.-A. Stobbe: Ich habe sie zum ersten Male am 19. August in einem Schriftsatz erwähnt. — Staatsanwalt Marschner: Der Angeklagte Frankenthal hat ja die ganzen Korrespondenzen eingehend durchgesehen. Weshalb hat er nicht das Gericht oder seine Anwälte schon früher auf diese entlastenden Briefe aufmerksam gemacht? — Angekl. Frankenthal: Ich habe mit großer Mühe alles das aus den Korrespondenzen und den Akten herausgesucht, was ich zu meiner Verteidigung brauchte. Dabei fand ich z. B. auch Abrechnungen über 20 000 Kilogramm Material, das von der Werft stammen sollte, das aber von Friedrich Krupp stammt. Derartige Unrichtigkeiten in den Behauptungen der Anklage fand ich häufig. Ich habe dagegen aber nichts unternommen, weil ich zum Untersuchungsrichter kein Vertrauen hatte. Ich habe auch keinerlei Schriftsätze einreichen lassen, sondern ich habe mir alles in einer Mappe zusamengestellt und diese Mappe habe ich mit den von mir gemachten Notizen meinen Verteidigern gegeben. Sie werden das bestätigen. — Vors.: Von Ihren Verteidigern sind in der Tat keine Schriftsätze eingereicht worden. — Vert. Justizrat Wallach: Es kann nicht oft genug betont werden, daß eine ganze Reihe derjenigen Briefe, die von der Staatsanwaltschaft nicht beanstandet werden, mit derselben gleichartigen Tinte geschrieben sind, wie die sogenannten gefälschten Briefe.

In einem weiteren Briefe, der zur Verlesung gelangt, kommen Wendungen vor, wie „Sie müssen es dem „Balbost" sagen" oder „der „Meschores" muß es so machen". In einem Briefe Hermann Jacobsohns an Frankenthal ist ein Wort so durchstrichen, daß es mit bloßem Auge nicht mehr gelesen werden kann. Es steht vor den beiden Worten „der Meschores". Dieser Brief ist dem Gerichtschemiker Professor Dr. Jeserich übergeben worden zur Untersuchung des Wortes, das durchstrichen worden ist. — Sachverst. Prof. Jeserich: Ich habe diesen Brief vergrößert photographiert und überreiche die Photographie den Geschworenen. Sie können in dieser Photographie deutlich sehen, daß das durchstrichene Wort „Chrunst" heißt, so daß der Zusammenhang in diesem Briefe lautet „Chrunst, der „Meschores", muß es so machen". Aehnliche Durchstreichungen finden sich in anderen Briefen. Auch diese hat Sachverständiger Jeserich untersucht und herausgefunden, daß einmal durchstrichen worden ist das Wort „Heinrich" und ein anderes Mal das Wort „der Rat". — Angekl. Hermann Jacobsohn: Der Brief, in dem das Wort „Chrunst" durchstrichen ist, rührt von mir her. Ich kann natürlich heute nicht mehr sagen, weshalb ich vor neun Jahren ein Wort durchgestrichen habe. Aber soviel steht wohl fest: Chrunst war nicht der „Meschores", sonst brauchte ich diesen Namen ja nicht zu durchstreichen. (Heiterkeit.) — Verteidiger J.-R. Wallach: Ich hebe hervor, daß auf einer Reihe echter Briefe, die auch von der Anklage nicht beanstandet werden, Chrunst im Zusammenhang mit dem Ausdruck „Meschores" genannt wird und daß auch die Worte „Rat Heinrich" vorkommen. Es liegt also kein Grund vor, diese Worte durch Streichungen unkenntlich machen zu wollen.

Hierauf wurde die Verhandlung auf Wunsch der Geschworenen, die den Sonntag in ihrer Familie zubringen wollen, abgebrochen und auf Montag 11 Uhr vormittags vertagt.

Amerikanischer Gewerkschaftskongreß.

Am fünften Verhandlungstage wird zunächst ein Begrüßungsschreiben des Genossen Legien verlesen, der im Auftrage der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, wie auch im Namen des internationalen Sekretariats den Verhandlungen allen Erfolg wünscht. Die von Legien für die Delegierten übersandten englischen Protokolle der Pariser internationalen Konferenz werden verteilt. — Auf die Anfrage verschiedener Delegierter erklärt sich Gompers bereit, seine Ansicht über den Injunktions-Prozeß darzulegen. Er sagt u. a.:

„. . . Während des ersten Stadiums unseres Prozesses hätten ich und die Mitangeklagten Morrison und Mitchell sehr leicht einen Ausweg finden können, um nicht verantwortlich gemacht werden zu können. Doch war die Federation schon seit Jahren aufgefordert worden festzustellen, ob die den Injunktions-Urteilen zugrunde liegenden Grundsätze mit der Staatskonstitution übereinstimmen. Der Zentralvorstand hat daher keine Geldopfer gescheut, um einen solchen Fall, der bis in die höchsten Instanzen verfolgt werden könnte, zu finden.

Was sollten wir nun in unserem eigenen Falle tun? Versuchen, unsere Schuld oder Unschuld durch technische Gründe feststellen zu lassen oder etwa durch den Streit zwischen einem Geschäftsmanne mit uns? Die diesem und anderen Kongressen vorgelegten Berichte zeigen, daß wir nicht ein einziges Wort gegen die Injunktionsklagen der Buck-Company, noch auch zu unserer Verteidigung unseres Boykotterlasses äußerten. Es war uns gelungen, einen Fall zu finden, durch den die konstitutionelle Frage entschieden werden konnte. Wir fühlten uns unbedingt verpflichtet, unsere Verantwortlichkeit gegenüber dem Gewerkschaftsbunde aufrecht zu erhalten. . . . Die Revision des Prozesses haben wir nicht auf Grund von Formfehlern, sondern nur, um unsere konstitutionellen Rechte zu wahren, verlangt, deswegen allein auch soll der Fall durchgekämpft werden. . . . Nur in Anbetracht des Umstandes, daß es unser wohlbekannter Vorsatz war, die fraglichen Grundsätze durch die höchsten Entscheidungen festlegen zu lassen, kann man sich ein Bild von dem unerhörten Vorgehen des Richters Wright machen, von seinem ganz ungewöhnlichen Urteile, das in grausamster Weise das Recht des freien Bürgers, gesetzliche Bestimmungen klarzustellen, verletzte. Es ist in der ganzen Geschichte der Vereinigten Staaten nicht ein Fall bekannt, daß jemand wegen „Nichtachtung des Gerichtshofes" zu länger denn sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden wäre. Und in den Fällen, in denen — gerechter- oder ungerechterweise — auf eine sechsmonatliche Strafe erkannt worden war, waren die Beklagten zugleich irgend eines physischen Gewaltaktes für schuldig befunden worden. Das Urteil gegen Mitchell lautet also auf drei Monate mehr, gegen mich auf sechs Monate mehr als überhaupt je in solchen Prozessen verhängt wurde. Nur Morrison kam mit dem bisher üblichen Maximum von sechs Monaten davon.

. . . Entweder haben wir Rede- und Preßfreiheit, die Freiheit, unsere Kundschaft zu gewähren oder zu verweigern, gleiche Rechte wie alle Bürger, oder nicht. Das soll durch die Gerichte entschieden werden. Sofort nach Schluß dieses Kongresses werden wir wieder mit unseren Anwälten eine Konferenz abhalten, die über die zu verfolgende Taktik entscheiden wird. — Es hat mich gefreut, von so vielen Freunden zu hören: „Sie werden nie ins Gefängnis gehen!" Aehnlich war ja vorher auch vor des Richters Wright Entscheidung gesagt worden, daß sie sich nicht gegen uns richten werde. Ich habe festes Vertrauen zu der Gerechtigkeit unserer Gerichte und hoffe, daß die höheren Gerichtshöfe unseres Landes unbeeinflußt handeln und die Grundsätze der Magna Charta, der Konstitution und der Unabhängigkeitserklärung der Vereinigten Staaten wieder herstellen werden. Seit den Tagen des Bürgerkrieges und seit der Abschaffung der Sklaverei ist meines Wissens kein Fall von gleicher Bedeutung vor die Gerichte gebracht worden. . . ."

Die Delegierten bringen Gompers eine große Ovation dar. Der Prozeß, sowie eine große Anzahl fortwährend einlaufender Anträge und Resolutionen werden den besonderen Kommissionen zur Vorberatung überwiesen.

Das „Komitee zur Förderung der Gewerkschaftsmarke", dem eine große Anzahl von Gewerkschaften des Bundes mit rund 400 000 Mitgliedern angehören, erstattet kurzen Bericht über eine besondere Tagung, die in der Woche vor dem Gewerkschaftskongreß stattfand.

Parteinachrichten.

Vom Strafkonto der Presse. Wegen Fabrikantenbeleidigung wurde Genosse Quint von der „Frankfurter Volksstimme" zu 15 Mk. Geldstrafe verurteilt. Er hatte wegen der rücksichtslosen Entlassung eines Arbeiters einen Fabrikanten kritisiert. Das Gericht erkannte an, daß der Fabrikant unrecht gehandelt habe, aber Quint sei trotzdem wegen formeller Beleidigung zu verurteilen.

Gegen die freien Jugendorganisationen. Vor längerer Zeit wurden mehrere Vorstandsmitglieder der Breslauer Jugendorganisation zu Geldstrafen verurteilt, weil sie Personen unter 18 Jahren in ihren Verein, der ein politischer sei, aufgenommen haben. Die Urteile hatten zur Folge, daß der Breslauer Polizeipräsident die Jugendorganisation auflöste, da sie gesetzwidrige Zwecke verfolge. Gegen diesen Streich wurde das Verwaltungsstreitverfahren eingeleitet. Der Termin vor dem Bezirksausschuß hat jetzt stattgefunden. Von dem Vertreter der Kläger wurde bestritten, daß in den Versammlungen der Jugendorganisation jemals Politik getrieben worden sei. Der Verein bezwecke auf keinen Fall eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten. Zudem habe der Verein seinerzeit, als der Prozeß eingeleitet wurde, beschlossen, auch die wirtschaftlichen Fragen aus seinen Verhandlungen auszuschalten, und sich lediglich mit wissenschaftlichen und künstlerischen Fragen zu beschäftigen. Der Vertreter des Polizeipräsidenten versuchte, mit Artikeln aus alten Nummern der „Volkswacht", des „Vorwärts", der „Arbeitenden Jugend" und „Arbeiter-Jugend" den angeblich politischen Charakter der Jugendvereine nachzuweisen. Auch einige Verse aus dem Jugendliederbuch wurden verlesen. Schließlich soll auch aus dem Berichte des Parteivorstandes an den Parteitag in Leipzig hervorgehen, daß die Jugendorganisationen einen Teil der Partei bilden. Trotzdem der klägerische Rechtsbeistand darauf hinwies, daß die „Arbeiter-Jugend" gar nicht ein Organ der Jugendorganisation, sondern ein selbständiges Unternehmen sei, und der Verein mit dem Liederbuche, das einzelne Mitglieder besitzen, nichts zu tun habe, wurde die Klage abgewiesen. Gegen das Urteil wird Revision angemeldet werden.

Gewerkschaftsbewegung.

Aufruf an die Bergarbeiterschaft! Die Vertreter der vier Bergarbeiterorganisationen haben in ihrer Sitzung am Freitag, 26. November, beschlossen, folgenden Aufruf an die Bergarbeiterschaft in der Tagespresse zu veröffentlichen:

Ruhrbergleute!

Von einer in der Regel gut unterrichteten Seite erfahren war, daß der Zechenverband beabsichtigt, den Zwangsarbeitsnachweis statt am 1. Januar schon am 1. Dezember einzuführen. Schon am 30. November sollen die Anschläge auf den Zechen erfolgen. Bewahrheitet sich die uns gewordene Mitteilung, so wird damit bewiesen, daß die Zechenherren die Erregung der Arbeiterschaft durch eine Ueberrumpelung noch besonders zu steigern beabsichtigen. Wir fordern die Kameraden auf, sich durch keinerlei Ueberrumpelungsmanöver zu einer wilden Bewegung hinreißen zu lassen, sondern jeden, der zu einem eigenmächtigen Vorgehen rät, auf die schwierige Lage und auf die Pflicht, gewerkschaftliche Disziplin zu halten, hinzuweisen. Trifft es zu, was uns mitgeteilt wurde, so ist die Spekulation der Scharfmacher unter den Zechenbesitzern auf einen Streik in einer für die Arbeiter ungünstigen Zeit ohne weiteres bewiesen. Um so mehr ist es unsere Pflicht, die Pflicht aller gewerkschaftlich organisierten Bergleute, die organisierten und unorganisierten Kameraden ausdrücklich zu warnen vor Schritten, die gerade jetzt den Arbeiterfeinden sehr erwünscht sein können. Wir erwarten von allen organisierten Kameraden, daß sie sich streng nur an die Beschlüsse der Organisation halten und allen arbeiterschädigenden Putschversuchen entgegentreten. Endlich muß auch die Bergarbeiterschaft lernen, sich nicht dann in einen Kampf zu begeben, wenn es den Zechenbesitzern am erwünschtesten ist. Der von den Organisationsleitungen am 24. dieses Monats gefaßte Beschluß, daß die auf den Arbeitsnachweis bezüglichen Erklärungen und deren Ergebnis abgewartet werden sollen, ehe weitere Schritte in der Sache unternommen werden, muß nach der einmütigen Uebereinstimmung der Vorstände trotz der veränderten Situation aufrecht erhalten und von allen Kameraden strikte befolgt werden.

Kameraden! Wir hoffen, daß ihr uns alle unterstützt in dieser sehr ernsten Zeit, um mit kühler Ueberlegung die Interessen der Kamergden zu wahren. Die Organisationsvorstände werden keine Schritte unternehmen ohne Einwilligung der Mitgliedschaften. Wir erwarten aber auch von den Kameraden, daß sie nur im Einverständnis mit ihren erwählten Vorständen handeln. Wer in dieser ernsten Zeit disziplinlos handelt, schädigt die Arbeiterinteressen. Nur durch gemeinsames wohlüberlegtes Handeln können wir die Arbeiterinteressen schützen. Einig müssen wir sein. Geschlossen müssen wir auftreten, sonst ist die Arbeiterschaft verloren. Achtet alle nur auf die Beschlüsse der Organisationen, wenn Ihr den Zechenbesitzern keinen Gefallen tun wollt.

Mit Glückauf!

Die Organisationsvorstände.

Aus Essen verbreitet Wolffs Depeschenbureau folgende Meldung:

Wie der Zechenverband mitteilt, ist der in dem Aufruf angegebene Termin für das Inkrafttreten des Arbeitsnachweises zum 1. Dezember nicht richtig. Der Zwangsarbeitsnachweis wird zu dem bereits früher bestimmten späteren Termin eingerichtet werden.

Ueber die zentralen Tarifverhandlungen im Malergewerbe lesen wir noch im „Zentralblatt für das Deutsche Baugewerbe" folgende Ergänzungen:

„Den Beratungen lag der im Vorjahre angenommene Normaltarif zugrunde, zu dem sowohl Arbeitgeber wie Arbeitnehmer bedeutsame Abänderungen beantragten. Nachdem in dreitägiger Plenarverhandlung eine Einigung nicht erzielt, wurden die weiteren Beratungen einer 20gliedrigen Kommission überwiesen, welche in 5 Tagen ihrer schwierigen Aufgabe soweit gerecht wurde, daß den Unparteiischen nur 8 Fragen zur Fällung eines Schiedsspruches überwiesen wurden. Bei der letzten Lesung des Tarifs gelang es den Unparteiischen, noch in zwei weiteren Punkten eine Einigung zu erzielen. Da die Vertreter der Arbeitnehmer erklärten, nicht die Berechtigung zu haben, auch einen Schiedsspruch über Lohn und Arbeitszeit entgegenzunehmen, so wurden diese beiden Punkte einer späteren Verhandlung vorbehalten. Die Parteien verpflichteten sich, den beratenen Reichstarif ihren Mitgliedern zur Annahme vorzutragen und bis zum 28. Dezember 1909 den Unparteiischen Mitteilung über Annahme zu machen, so daß die Festlegung von Lohn und Arbeitszeit für mehr denn 300 Städte in einer weiteren Beratung, die am 3. Januar 1910 beginnen soll, geschehen kann. Da aber mit dem 31. Dezember 1909 die jetzt bestehenden Tarife im deutschen Malergewerbe ablaufen, wurde, um eine tariflose Zeit zu verhindern, beschlossen, alle Tarife als bis zum 15. Jan. verlängert zu betrachten, so daß der Reichstarif, vorbehaltlich der Genehmigung der Parteien, an diesem Tage in Kraft treten wird."

Inzwischen liegen aus zwei Städten Beschlüsse der Gehilfen über das Reichstarifmuster vor.

In Dresden stimmte eine Versammlung mit großer Majorität dem Reichstarife und der generellen Festsetzung des Lohnes und der Arbeitszeit zu.

In Hamburg dagegen hat eine Versammlung mit 862 gegen 54 Stimmen das vom Arbeitgeberverband Berlin aufgestellte Reichstarifmuster und mit 773 gegen 101 auch alle Weiterverhandlungen über einen einheitlichen Lohn und einen Arbeitstarif abgelehnt.

Amerikanische Streikjustiz. Das Interesse des Jahreskongresses der American Federation of Labour wurde hauptsächlich durch den gegen Gompers und zwei andere Mitglieder des Hauptvorstandes schwebenden Prozeß in Anspruch genommen. Da keine Aussicht vorhanden scheint, das schon gemeldete Urteil rückgängig zu machen, beschloß der Kongreß am 12. Verhandlungstage unter großem Beifall, den Verurteilten während ihrer Haft eine Extraentschädigung von 20 000 Mark für ein Jahr zu zahlen. Diese Summe würde

---

der fähig ist, und jeder Augenblick, den er zu anderen Beschäftigungen abstiehlt, ist ein Raub."

„Ein Fürst soll seine Augen überall haben."

„Und doch ist er nur ein Mensch. Indem er alles selbst sehen, nichts seinen Getreuen überlassen will, sieht er oft das Wichtigste nicht. Da ist es denn geschehen, daß Kursachsen uns zuvorkam, Wittenberg ist gegründet und wir wollen noch Frankfurt bauen."

„Mein Frankfurt soll Wittenberg überflügeln."

„Aber schon entging uns der gelehrte Dr. Simon Pistoris. Er bleibt nun in Leipzig, weil sein Gegner, der Dr. Pollicius, nach Wittenberg gegangen. Diese Säule von Gelehrsamkeit, die allein eine Universität getragen, dieser erste Arzt Deutschlands, ist uns verloren."

„Ich meine, wir haben dafür einen andern, bessern gewonnen," sprach der Kurfürst mit freudestrahlenden Blicken, indem er ein eben eröffnetes Schreiben dem Ritter vorlegte.

„Wimpina kommt!"

Lindenberg las, und blickte mit dem Ausdruck der Ueberraschung und Freude auf: „In der Tat, das hatte ich nicht erwartet. Das ist ein Gewinn!"

„Ein ungeheurer, sage ich dir, Lindenberg. Eine Schule, auf weltliche Weisheit gegründet, ist ein halbes Werk; in Pistoris verloren wir einen großen Arzt des Leibes, in Dr. Koch gewinnen wir einen Arzt des Geistes, eine Säule der Kirche, den ersten Theologen Germaniens. Ich wünsche, du kenntest seine gelehrten Streitschriften. Noch kein Gelehrter hat mit solchen überzeugenden Gründen, mit solchem göttlichen Feuer seine Gegner niedergedonnert."

„Koch-Wimpina!" rief Lindenberg. „Derselbe, welcher in der Streitschrift gegen den Thoribäus die Zahl der Ehemänner der heiligen Anna, Christi Großmutter, feststellte,* und mit welcher glänzenden Beredsamkeit! Dr. Musculus las es in einer Abendgesellschaft bei Hofe vor, Eure Gnaden waren ja selbst zugegen. Ich darf gestehen, ich ging nie so erschüttert und erbaut nach Hause."

„Derselbe, Lindenberg! Kommen wir noch zu spät?" rief er triumphierend.

Der Geheimrat verneigte sich tief (Forts. folgt.)

* Faktum, wie auch die übrigen Anführungen. **Koch-Wimpina, als Rektor der Universität Frankfurt, nachmals der größte und wirksamste Gegner der Reformation in der Mark.**

Gompers, der zu einem Jahr Gefängnis verurteilt wurde, erhalten; die anderen Mitangeklagten, die neun bezw. sechs Monate Gefängnis erhielten, bekämen entsprechend weniger. Für das Haftjahr würde demnach Gompers mit seinem Gehalt, das auch 20 000 Mark beträgt, insgesamt 40 000 Mark von der Organisation erhalten.

Der Bäckerstreik in Newyork steht für die Arbeiter sehr günstig. Sie haben eigene Bäckereien eröffnet und — obwohl sie mit 22 Wagen über 80 000 Stück Brotkuchen täglich liefern — sind sie nicht im entferntesten in der Lage, alle Bestellungen auszuführen. Die Polizei ging wiederholt mit Gummiknüppeln und Revolvern gegen die Streikenden vor.

Vier Mitglieder der Chicagoer polnischen Sektion des Bäckerverbandes wurden in letzter Woche wegen angeblichen Mordes, begangen an einem Streikbrecher, zu je 25 Jahren **Zuchthaus** verurteilt. Die Organisation will mit allen Mitteln eine Aufhebung des Urteils erwirken.

Soziales.

Landarbeiterfreuden. Ein Bild von der Roheit und Rücksichtslosigkeit der Behandlung unserer Landarbeiter entrollte eine Verhandlung vor dem Schöffengericht in Stolp. Angeklagt wegen Körperverletzung und Beleidigung war der Inspektor Lessentin aus Neu-Jugelow. Weil die Arbeiterfrau Pigorsch in der Frühstückspause mit einer Frau sprach, erklärte der Angeklagte: „So 'ne verfoffene Sau, was hält sie die Leute von der Arbeit auf, scher' sie sich nach Hause und bereite lieber Mittag, daß sie rechtzeitig zur Arbeit kommen kann." Als die Frau diesem Befehl nicht nachkam, hetzte er seinen Hund auf sie. Der war freilich vernünftiger als sein Herr und gehorchte nicht. Nunmehr lief der Inspektor der davongehenden Frau nach, stieß sie zu Boden und versetzte ihr mit seinem Inspektorknüppel mehrere Hiebe. Mit den Worten: „Warte, du verfoffene Sau, wenn ich wiederkomme, kriegst du mehr!" entfernte sich dieser „empfehlenswerte" Mann. Selbst der Amtsanwalt mußte diese brutale Handlungsweise als roh bezeichnen, da es eine Roheit sei, auf wehrlose Frauen einzuschlagen. Er beantragte einen „Denkzettel" in Höhe von — 60 Mark für Körperverletzung und 30 Mark wegen Beleidigung. Das Urteil war noch milder. Das Gericht hält es für glaubwürdig, daß der Angeklagte durch die Frau gereizt sei, es wäre sonst unverständlich, wie solch ein Mann so was tun konnte. Es sei deshalb auf 30 Mark Geldstrafe wegen Körperverletzung erkannt worden. Was die Beleidigung anbetrifft, so sei auf 10 Mark Geldstrafe erkannt worden, denn auf dem Lande falle eine solche Beleidigung nicht schwer ins Gewicht und hätte die Frau sich auch nicht beleidigt gefühlt.

Hätte wohl das Gericht die Frau ebenso glimpflich bestraft, wenn sie den Inspektor mit Liebkosungen, wie „entfamigter Schweinigel" überschüttet, einen Hund auf ihn gehetzt und ihm ein paar mit einer Schippe oder Sense übergezogen hätte? Oder hätte dann das Gericht über Zuchtlosigkeit, Roheit, Aufsässigkeit des Gesindes geklagt und auf Gefängnis erkannt?

Wenn die Landarbeiter sich dem Landarbeiterverband und der politischen Organisation der Sozialdemokratie anschlössen, so würden derartige Roheiten zum mindesten erheblich seltener werden und Inspektoren dieser Art müßten bald allein ohne Arbeiter wirtschaften.

Gärtnerei und Gewerbeordnung. Die rechtliche Stellung der Gärtnerei und ihrer Angestellten war bisher sehr unklar. Während eine Anzahl von Gerichten und Behörden das Arbeitspersonal wenigstens der Kunstgärtnereien bereits als der Gewerbeordnung unterstehend behandelte, zählten andere auch dieses noch immer zu den landwirtschaftlichen Arbeitern und Gesinde. Die am häufigsten vorkommende Auffassung geht dahin, eine Gärtnerei sei nur dann ein Gewerbebetrieb im Sinne der Gewerbeordnung, wenn sie sich als ein Handelsgewerbe kennzeichnet; die Blumenzucht zähle, selbst wenn sie in Frühbeeten und Gewächshäusern betrieben werde, als einfache Urproduktion. Dabei kam es vor, das ein und dasselbe Gericht zu verschiedenen Zeiten ganz verschiedene Anschauungen betätigte. Der Zustand hatte sich nachgerade zu einer öffentlichen Kalamität ausgewachsen, so daß eine gesetzliche Regelung dieser Materie dringend geboten erschien und von den Gärtnerei-Interessenten in Petitionen wiederholt verlangt worden ist.

Da die Gewerbeordnung nun aber nicht diejenigen Gattungen erwerbender Tätigkeit aufzuzählen pflegt, die ihren Bestimmungen unterfallen sollen (sie schließt im § 6 lediglich gewisse Erwerbsarten von der Unterordnung aus), so lag eine gewisse technische Schwierigkeit vor, dem Begehr Folge zu leisten. Auch erhoben sich zunächst gesetzgeberische Kompetenzbedenken.

Durch die am 1. Januar 1910 in Kraft tretende Gewerbeordnungsnovelle erfährt die Materie jetzt endlich eine Regelung, die den Ansprüchen aller Beteiligten vielleicht noch nicht genügen mag, die aber dennoch eine nahezu volle Klärung bringt. Diese erfolgt durch den geänderten § 154 der Gewerbeordnung, und zwar durch die folgende Stelle:

§ 154. Von den Bestimmungen im Titel 7 finden keine Anwendung: 4. die Bestimmungen der §§ 135 bis 139a auf Gärtnereien, auf das Gast- u. Schankwirtschaftsgewerbe sowie auf das Verkehrsgewerbe.

Hierdurch wird, wie in den Kommissionsverhandlungen zu der in Frage kommenden Novelle ein Regierungsvertreter erklärte, ausgesprochen, daß mit Ausnahme der §§ 135 bis 139a (den Arbeiterschutz der Kinder, Jugendlichen und Frauen in Betrieben mit mindestens zehn Arbeitern betreffend) auf die Gärtnereien alle übrigen Paragraphen der Gewerbeordnung bezw. des Titels 7 Anwendung erleiden sollen, und daß also auch deren Arbeitspersonal der Gewerbeordnung unterstellt wird. Es wird nun also gesetzlich anerkannt, was den Eingeweihten der Gärtnereitechnik schon immer geläufig war, daß die Kunstgärtnereitätigkeit den Begriff Urproduktion längst und weit übersteigt.

Die Neuerung bringt für die Beteiligten mancherlei Bestimmungen mit sich, mit denen sie sich beizeiten vertraut machen sollten. So werden zum Beispiel für Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis die Gewerbegerichte zuständig. Auch die Fortbildungsschulpflicht der Gärtnerlehrlinge, die bisher bestritten war, tritt in Kraft. Ferner greift die Krankenversicherung Platz. Ebenso finden die Bestimmungen über die gewerbliche Sonntagsruhe und diejenigen über die Gewerbeaufsicht Anwendung. Alles Einrichtungen, die bisher für die Gärtner zumeist noch in der Luft schwebten oder doch bestritten waren und darum, wie bemerkt, als Neuerungen in Frage kommen. Die künftige Abgrenzung vom urproduktiven Gartenbau ist dahin aufzufassen, daß zu diesem nur noch der nicht gärtnerisch betriebene Obst- und Gemüsebau gehört.

Gerichtliches.

Bestrafte Fabrikbesitzer. Wien, 28. Nov. Wegen der Zelluloidexplosionskatastrophe in Ottakring, welcher bekanntlich 18 Menschenleben zum Opfer fielen, wurden die Fabrikbesitzer Rudolf Sailer zu fünf und Franz Sailer zu vier Monaten strengen Arrests verurteilt.

Vermischtes.

Die Gladbecker Diebstahlsaffäre. Essen, 26. Nov. Die Königliche Berginspektion II, Gladbeck, bestätigt die Verhaftung des Maschinensteigers Neuß sowie das Ergebnis der Haussuchung bei ihm, erklärt aber, es sei ihr nichts davon bekannt, daß die Untersuchung Anhaltspunkte dafür ergeben habe, daß in Gladbeck sonstige große Unterschleife vorgekommen seien.

Drei Kinder verbrannt. Trier, 26. Nov. In Cochem sind die drei Kinder des Schreiners Müller im Alter von 6 und 4 Jahren und 4 Monaten während der Abwesenheit der Eltern verbrannt. Wahrscheinlich hatten die unbeaufsichtigten Kinder mit Streichhölzern gespielt

Rinderpest in Deutsch-Ostafrika. Berlin, 26. Nov. In Deutsch-Ostafrika ist im Bezirk Muansa am Viktoriasee unter dem Rindvieh eine Seuche ausgebrochen. Es ist nicht unmöglich, daß es sich um die Rinderpest handelt. Bisher sind der Seuche etwa 800 Rinder zum Opfer gefallen. Die nötigen Vorsichtsmaßregeln sind getroffen worden.

Selbstmord. Berlin, 26. Nov. Kurz vor der Beerdigung ihres Bräutigams verübte gestern die 16jährige Verkäuferin Luzie Kai aus der Uckermarkstraße Selbstmord, indem sie sich eine Revolverkugel in das Herz schoß.

Hochwasser. Duderstadt, 28. Nov. Seit gestern nachmittag führen die Eder, Diemel, Leine, Rhume, Werra, Ilm und obere Saale Hochwasser.

Ein verhafteter Mädchenhändler Czernowitz, 26. Nov. Der schon seit längerer Zeit von der Polizei beobachtete Mädchenhändler Reisig-Glesermann wurde in dem Augenblick festgenommen, als er mit einem 18jährigen Mädchen einen Zug besteigen wollte, um nach Hamburg abzureisen. In Hamburg wollte sich Glesermann mit dem Mädchen nach China einschiffen. Er besitzt in Shanghai ein Freudenhaus, wohin er bereits mehrere junge Mädchen verschleppt hat. Man fand bei ihm viel Geld in verschiedenen Münzsorten und unwiderlegliche Beweise für sein verbrecherisches Tun.

Unterirdische Telephonie und Telegraphie. Paris, 26. Nov. Der berühmte amerikanische Erfinder Nicola Tesla hat, wie ein Kabeltelegramm meldet, ein neues System drahtloser unterirdischer Telephonie und Telegraphie erfunden und mit Erfolg versucht. Er hat bereits an verschiedenen Stationen in Colorado, weiter in Storeham auf Long-Island Versuche mit dieser drahtlosen unterirdischen Telegraphie gemacht und Erfolge erzielt, die zu seiner Befriedigung ausfielen. Tesla erklärt, daß sein System sich nicht der Luftwellen, sondern der inneren Erdströme zur Beförderung der Gespräche und Telegramme bediene. Der Erfinder sieht bereits den Tag kommen, an dem es möglich sein wird, um einen geringen Betrag Gespräche rund um die ganze Erde zu führen. Dabei sei jedes indiskrete Auffangen der Gespräche oder Telegramme ausgeschlossen, weil die Ströme unterirdisch laufen.

Ein großer Diebstahl. Paris, 26. Nov. Die Polizei verhaftete heute drei Personen, die beschuldigt sind, am 5. Januar dieses Jahres aus einem Wagen der Paris-Lyoner-Eisenbahngesellschaft Wertpapiere im Betrage von 1 266 000 Frank gestohlen zu haben. Die eine dieser Person ist ein Börsenmitglied belgischer Nationalität, angeblich der Neffe einer sehr bekannten belgischen Persönlichkeit.

Leichtsinniges Umgehen mit Granaten. Toulon, 26. Nov. An Bord des Panzerschiffes Bondet wurde eine Katastrophe verhütet, die leicht hätte dieselben Folgen haben können, wie seinerzeit die Katastrophe auf dem Panzer Jena. Matrosen waren mit der Verladung von Melinitgranaten von 144 cm beschäftigt. Sie warfen sich die Granaten gegenseitig zu und fingen sie mit den Händen auf. Eine Granate entglitt den Händen eines Soldaten und fiel in den unteren Schiffsraum, glücklicherweise ohne zu explodieren. Die im Schiffe beschäftigten Arbeiter flohen in größter Bestürzung. Der Kommandant des Schiffes beauftragte Mannschaften, das Geschoß zu holen und ins Meer zu werfen.

Russische Korruption. Petersburg, 26. Nov. Gestern wurde der Intendant General Poljakow unter der Beschuldigung großer Durchstechereien verhaftet. Bei einer Haussuchung wurden in seiner Wohnung 73 000 Rubel in Bargeld und Wertpapieren gefunden und mit Beschlag belegt. In Rowno verhaftete die Polizei den Oberintendanten Giers und dessen Geliebte. In deren Wohnung fand man Juwelen im Werte von einer halben Million Mark, die von den Behörden konfisziert wurden. Auch der Chef des Moskauer Intendanturlagers ist im Zusammenhange mit diesen Delikten verhaftet worden.

Die russischen Goldschwindler. Seit einigen Wochen entfalten wieder die russischen Darlehnsschwindler eine rührige Tätigkeit, um hypothekenbedürftige Deutsche nach Rußland zu locken und dort zu betrügen. Die Schwindler verfolgen die Inserate der deutschen Zeitungen auf Darlehnsgesuche hin und wenden sich dann brieflich an solche Inserenten, die besonders hohe Kapitalien suchen. Bereitwilligst sichern sie diesen die Hergabe der benötigten Summen zu einem angemessenen Zinsfuße zu, stellen jedoch die Bedingung, daß die Erledigung der notwendigen notariellen Formalitäten sowie die Zahlung des Geldes in Rußland erfolge. Wie sich nun die Verhandlungen mit den russischen Geldgebern abspielen, zeigt ein Aktenstück, das dem „Berliner Tageblatt" von einem Berliner Geschädigten zur Verfügung gestellt wurde. Dieser benötigte einer Hypothek von 118 000 Mark, die er durch Inserate zu erlangen suchte. Es meldete sich ein Herr A. Tihm in Riga brieflich mit der Zusicherung, daß er die verlangte Summe zur Verfügung stellen wolle. Hierauf folgte ein reger Brief- und Depeschenwechsel, der schließlich dazu führte, daß der Berliner Geschäftsmann mit seinem Prokuristen nach Wilna fuhr und dort eine Zusammenkunft mit Tihm hatte. Der russische Geldgeber machte darauf folgendes Anerbieten: Er sei Besitzer eines Goldbergwerks, dürfe aber das gewonnene Gold nicht in Rußland verkaufen. Da sich dies jedoch in Deutschland leicht ermöglichen lasse, solle der Geldsuchende Goldkörner für den Wert der benötigten Summe erhalten. Das Geschäft könne aber nur dann perfekt werden, wenn der Berliner Geschäftsmann vorher die Hälfte des Betrages, also 59 000 Mark in russischem Gelde hergäbe. Dieser Betrag solle ebenfalls mit Goldkörnern gedeckt werden. Dem Berliner Kaufmann kam die Sache nicht geheuer vor; er reiste unverrichteter Sache mit seinem Prokuristen nach Berlin zurück. Zu seinem Glück: denn auf dem Berliner Polizeipräsidium wurde auf Anfrage mitgeteilt, daß der russische Geldschwindel schon wiederholt in folgender Weise zu Ende geführt worden sei: Dem Geldsuchenden werden zuerst echte Goldkörner vorgelegt mit dem Bedeuten, daß er sie auf ihre Echtheit untersuchen lassen könne. Ist dies geschehen und das Gold für gut befunden, wird es gewogen, in kleine Kartons verpackt, in eine Kassette verschlossen und zum Ueberfluß auch noch die Goldkassette mit einer anderen, vollständig gleichen Kassette umgeben. Wird später nach Ueberschreiten der Grenze — vorher darf es nicht geschehen — die „Goldkiste" geöffnet, so weist sie wertlose Messingspäne auf.

Tragödie einer Falschmünzerbande. Vor den Geschworenen von Palermo wird dieser Tage ein Mordprozeß seinen Anfang nehmen, der an gewisse Kriminalprozesse vergangener Tage erinnert. Am 21. August 1907 kam ein Fuhrmann von Trapani her nach Palermo gefahren, als an einer Brücke von der Stadt sein Pferd plötzlich still stand und durchaus nicht weiter wollte. Der Fuhrmann forschte nach dem Grunde und stellte fest, daß von der Brücke her ein entsetzlicher Geruch ihm entgegenwehte. Dort standen zwei Kisten übereinander, die angezündet waren und langsam verkohlten. Der Fuhrmann setzte die Gendarmen von dem merkwürdigen Funde in Kenntnis; diese löschten den Brand und fanden in den beiden Kisten die zerteilten Glieder einer Leiche. Durch Zufall erfuhr man, wer die beiden Kisten kurz vorher nach dem einsamen Orte geschafft hatte, und die Untersuchung ergab, daß es sich um die Leiche eines jungen Pariser, Henry François, handelte, der zuerst durch sechs Revolverschüsse getötet und dann in Stücke zerteilt worden war. François, ein französischer Deserteur, war seines Zeichens Graveur gewesen und hatte mit drei sizilianischen Spießgesellen eine Falschmünzerwerkstätte zur Herstellung von Zehnfrankenscheinen begründet. Man fand in der Werkstätte noch tausend solche täuschend nachgemachte Scheine. In der Folge geriet François mit seinen Genossen in Streit, und diese behaupten, er habe sie mit dem Messer bedroht und sei von ihnen in der Notwehr niedergeschossen worden. Wahrscheinlicher ist jedoch, daß die drei Sizilianer den Franzosen, der sie zu denunzieren drohte, aus der Welt schafften. Hierüber dürfte der bevorstehende Prozeß wohl Licht verbreiten.

Von Herrn Cook. Newyork, 28. Nov. Cook unternimmt heimlich eine Fahrt nach Italien, statt, wie er versprochen hat, Beweise für die Ersteigung des Mac Kinley zu liefern. Die Abreise wird hier als Flucht gedeutet.

Der Vulkanausbruch von Teneriffa. Teneriffa, 28. Nov. Nach amtlichen Meldungen haben zwei von den Kratern ihre Tätigkeit eingestellt. Der dritte Krater wirft noch massenhaft Dampf, Wasser und Lava aus. Der Lavastrom fließt nach der Richtung von Tangue; die Stadt selbst ist noch vorläufig nicht in Gefahr. Ein anderer Lavastrom, welcher sich in der Richtung nach dem Santiagotale bewegt, hat an Breite zugenommen und ist bis auf 600 Meter an die Stadt herangekommen. Der Strom, welcher die Richtung nach Tamanri und Tamano eingeschlagen hat, entwickelt eine immer größere Geschwindigkeit.

Von der Luftschiffahrt.

Paris, 27. Nov. Der Mechaniker des französischen Aviatikers Paulhan unternahm gestern in Mounelon Flugversuche mit dem Bioplan Farmans, mit dem Paulhan selbst bereits einige Rekorde aufgestellt hat. Er führte ein falsches Manöver aus und stürzte aus einer Höhe von 20 Metern herab. Der Apparat wurde völlig zerstört, der Mechaniker blieb unverletzt. — Paulhan fährt am 25. Dezember nach Newyork. Er wird sechs Monate in Amerika bleiben mit einem Kontrakt von monatlich 100 000 Mark.

Pau, 27. Nov. Einen Besuch im Aeroplan hat gestern Bleriot in Pau bei dem Wright-Piloten Tisendier gemacht. Bleriot flog aus seinem Aerodrom bis zu dem 5 Kilometer entfernten Uebungsplatz der Wrightschen Pilotenschule, unterhielt sich eine Viertelstunde lang mit Tisendier und fuhr hierauf mit seinem Aeroplan zurück.

Chinesische Flugmaschinen. Aus Kanton erfährt der „Corriere", daß ein chinesischer Ingenieur beim Vizekönig um Zuweisung eines Geländes nachgesucht hat, auf dem er Flugversuche mit einer Flugmaschine eigener Erfindung, die er vollständig selbst gebaut hat, machen will. Ein anderer Chinese aus Kanton, namens Fong, der gegenwärtig in den Vereinigten Staaten weilt, soll dort ebenfalls eine Flugmaschine — also die zweite chinesische — vorgeführt haben, über deren Leistungsfähigkeit die Amerikaner erstaunt gewesen sein sollen. Diese Nachricht klingt durchaus nicht unwahrscheinlich, denn Fong ist ein Gelehrter, der sich bereits auf dem Gebiete der Hertzschen Wellen durch seine Untersuchungen einen Namen gemacht hat. Die Fliegekunst scheint nun also auch in China Einzug gehalten zu haben. Es verlautet, die chinesische Regierung habe bedeutende Summen ausgesetzt, für die begabte chinesische Ingenieure ins Ausland geschickt werden sollen, wo sie den Lenkballon- und Flugmaschinenbau studieren sollen.

Die Wiener Giftmordaffäre.

Wien, 28. Nov. Der des Giftmordes beschuldigte Oberleutnant Hofrichter wurde gestern nachmittag einem längeren Verhör unterzogen. Es gelang jedoch nicht, ihn zu einem Geständnis zu bewegen. Hofrichter bleibt allen neuen Indizien gegenüber ruhig und leugnet entschieden alles. In seinem Benehmen ist ein wesentliche Veränderung eingetreten. Während er bisher ruhig und voll Selbstbewußtsein war, hat er gestern nachmittag die Fassung verloren. Er verharrt in trübsinnigem Schweigen.

Wien, 23. Nov. Oberleutnant Hofrichter ist heute früh von Linz unter militärischer Eskorte hier eingetroffen und in das Wiener Garnisonsgerichtsgefängnis eingeliefert worden.

Briefkasten der Redaktion.

W. M. 49. Das ist uns nicht bekannt.

M. Th. Eine Pferdekraft (HP) ist eine Kraft, welche erforderlich ist, um 1 Kilogramm in einer Sekunde 75 Meter hoch zu heben. Wie man die Pferdestärke einer Dampfmaschine berechnet, läßt sich im Rahmen des Briefkastens nicht mitteilen. Sie müßten dann einmal bei uns vorsprechen.

Briefkasten der Expedition.

Achtung, Filialexpedienten! Von folgenden Filialen haben wir bis heute keine Nachricht erhalten, wie viel Zeitungen für Dezember gebraucht werden: Barntrup, Blomberg, Bösingfeld, Ennigerloh, Hausberge, Lemgo, Löhne (Bhf.), Neesen, Neubeckum, Steinhude, Pr.-Oldendorf, Vehlen.

Wir machen darauf aufmerksam, daß wir nicht eher Zeitungen überweisen, bis wir die Bestellung vom Expedienten bekommen haben.

Quittung.

Für die Kommunalwahlen gingen folgende Gelder ein.

Liste 2	(Dürkopp, Gießerei, Abteilung 1 und 2)	28,75 ℳ
„ 9		26,— „
„ 17	(Stanz- und Preßwerk, Brackwede)	19,50 „
„ 19	(Gronemeier & Banck, Brackwede)	6,— „
„ 32	(Dürkopp, Hofarbeiter)	15,55 „
„ 53	(W. Bitter)	57,— „
„ 72		4,70 „
„ 84	(Consum-Verein)	47,25 „
Carl		3,— „
H. E.		1,— „
R. J.		3,— „
W. H.		1,— „
R. M.		1,— „
Ueberschuß einer Kranzspende (Kammerichsche Werke)		5,— „

Bielefeld, 26. November 1909.

J. V.: **Wilh. Böttcher.**

NB. Die noch ausstehenden Sammellisten müssen bis zum Sonnabend, 4. Dezember, im Parteibureau, Marktstraße 8, oder in der Volkswacht abgeliefert werden.

* * *

Für die schwedischen Arbeiter gingen weitere Gelder ein: Listen 63, 65, 73, 74 und 75 (Bauarbeiter) 2,— resp. 4,80 resp. 1,95 resp. 1,50 resp. 1,—; Liste 128 (Stukkateure, 3. Rate) 12,50; Liste 134 (Hengstenberg, Lackiererei, 3. Rate) 18,50; Liste 83 (Korkarbeiter, 5. Rate) 4,05; Liste 201 (Dürkopp, Kettenbau, 2. Rate) 7,—; W. K. 3,—; Liste 200 (Lohmann, Federnbiegerei) 16,—; Liste 202 (Vogelsang, Betrieb I) 16,—; Liste 87 (Lohmann, Dreherei und Schlosserei, 3. Rate) 2,25; Liste 197 (Küken & Halemeier) 30,75; Liste 7 (Feilenhauer, 3. Rate) 20,50; Liste 199 (Hengstenberg, Schleiferei und Nickelei, 2. Rate) 19,—; Liste 193 (Droop & Rein, 3. Rate) 39,—; Liste 133 (Fischer & Krecke, 2. Rate) 5,50; Liste 138 (Friseure) 9,50; Liste 198 (Dürkopp, Elasticbau, 3. Rate) 11,70; Liste 192 (Gießerei Sendel, 3. Rate) 7,—; Listen 50 und 53 (Schneider) 11,05 resp. 3,50; Liste 109 (Blankenagel, Senne, 3. Rate) 15,50; Liste 194 (Brauer, zweite Rate) 4,75; Liste 32 (Baer & Rempel, Dreherei, Fraiserei, Bohrerei und Werkzeugbau, 3. Rate) 63,—; Liste 139 (Reinshagen & Vogt, 2. Rate) 20,05; Liste 10 (Lithographen, 2. Rate) 11,50; Summa 362,85, bereits quittiert 8244,89, insgesamt 8607,74 Mk.

Da nunmehr die Sammlung seitens der Generalkommission für geschlossen erklärt wurde, werden die Inhaber von noch ausstehenden Sammellisten ersucht, dieselben so bald wie möglich abzuliefern, damit Schlußquittung erfolgen kann.

Gewerkschaftskartell Bielefeld.
Ludwig Beckmann, Kassierer, Oststr. 2811.

Standesamts-Nachrichten.

Stadt Bielefeld. In der Zeit vom 22. bis 27. dieses Monats sind beim hiesigen Standesamt angemeldet:

Geburten: Söhne: Arbeiter Heinrich Collbrunn, Oelmühlenstr. 92; Arbeiter Friedrich Schüler, Bleichstr. 108; Metallschleifer Gustav Kley, Herforderstr. 85; Schlosser Wilhelm Werner, Dammstr. 12; Schmied August Meißner, Herforderstraße 230; Straßenbahnarbeiter Gustav Peppmeier, Heinrichstraße 14 (Zwillinge); Maurer Albert Wellvott, Witte-

Kindstraße 52; Handelsmann Heinrich Niermann, Zastrowstraße 2; Klempner Max Gloger, Göbenstr. 6; Gewerkschaftssekretär Alphonso Buse, Marktstr. 8; Kontorist Karl Milberg, Zimmerstr. 23; Restaurateur Paul Müller, Ritterstr. 37; Kaufmann Karl Jüncke, Breitestr. 10; Schlosser Ewald Weiland, Jöllenbeckerstraße 103.

Töchter: Arbeiter Wilhelm Sievert, Herforderstr. 133; Eisendreher Wilhelm Fortmann, Herforderstr. 103; Kaufmann Bertold Friedmann, Rathausstr. 1; Generalagent Wilhelm Beccard, Marktstraße 26; Schuhmacher Heinrich Kolbrunn, Welle 53; Arbeiter Heinrich Mescher, Bleichstr. 148; städtischer Feuerwehrmann Fritz Paarmann, Zimmerstr. 13; Schneidermeister Karl Holzkamp, Bleichstr. 20; Arbeiter Christian Krüger, Goldstr. 10; Arbeiter Karl Ruhnau, Hohenzollernstr. 20; Maurer Friedrich Grave, Ravensbergerstr. 6; Buchbinder Heinrich Flick, Oststr. 28; Prokurist Karl Halemeyer, Königstr. 45; Geschäftsreisender Konrad Oldemeyer, Detmolderstr. 113a; Buchhalter Karl Borgstädt, Alleestr. 11; Schlosser Robert Heppermann, Kurzestr. 2; Techniker Friedrich Keil, Mellerstr. 75; Zuschneider Heinrich Georg Freitagsmüller, Kaiser-Wilhelms-Platz 14; Bierverleger Wilhelm Dißmann, Schildeschерstr. 27; Parteisekretär Karl Kubens, Paulusstraße 32.

Sterbefälle: Ehefrau Werkmeister Büscher, Johanne geb. Spielmeier, 60 J.; verw. Arbeiter Rabeneil, Johanne geb. Befel, 77 J.; Geschäftsreisender John Hammond, 29 J.; verw. Kaufmann Cottmann, Luise geb. Niemeyer, 98 J.; Ehefrau Kaufmann Hörmann, Agnes geb. Fehling, 34 J.; Rentner August Harms, 52 J.; verw. Postagent Holtkamp, Franziska geb. Fronemann, 75 J.; Privatier Heinrich Humpe, 74 J.; Ehefrau Arbeiter Hentschel, Wilhelmine geb. Krammenschneider, 58 J.; verw. Schlosser Wilhelm, Wilhelmine geb. Heitbreder, 58 J.; Wilhelm Hippel, 28 Tage; Näherin Mathilde Dingerdissen, 17 Jahre; Herbert Schuleit, 9 Monate.

Aufgebote: Schutzmann Gustav Wiedenbeck, Gelsenkirchen, und Rosa Nachtwey, Heeperstr. 12; Kaufmann Otto Scherer, Lutterstr. 52a, und Ottilie Ostermann, Bahnhofstr. 19; Klempner Ernst Herdzin, Karlstr. 20, und Helene Burghardt, Sparenberg 80; Zeichner Willy Unger, Alsenstr. 28, und Anna Lenze, Düsseldorf; Glassortierer Wilhelm Wellmann, Heepen, und verw. Zimmermann Winkelmann, Frida geb. Warnecke, Petristraße 2; Bäcker Albert Drewing, Neuenkirchenerstr. 18, und Wilhelmine Dieftelkamp, Großdornberg; Händler Johann Westheider, Breitestr. 6, und Emma Wienstroth, Gadderbaum; Kartonnagenarbeiter Emil Wiethölter, Altst. Kirchstr. 8, und Frieda Frisch, Bielsteinstraße 21.

Eheschließungen: Arbeiter August Niediek und Marie Baumann; Arbeiter Hermann Berenfeld und Marie Laup; Schäftemacher Richard Stehr und Rosa Pflüger; Kellner Georg Cohn und Marie Lüdde; Schlachter Jakob Faber und Luise Fichel; Zigarrenarbeiter Hermann Jerrentrup und Marie Rottmann; Sattler August Pottel und Franziska Kopowski; Schlosser Hermann Vogel und Johanne Oberschelp; Arbeiter Rudolf Schmidt und Christine Rohwer; Elektrotechniker Georg Krumbholz und Adele Vollmer; Metallfräser Gustav Ellerbrake und Mathilde Otteimkampe; Arbeiter August Zurmühlen und Paula Bertram; Arbeiter Friedrich Klemme und Johanne Mohme; Arbeiter Heinrich Menke und Friederika Niehaus; Schlosser Wilhelm Siebrasse und Berta Imkamp; Schlosser Karl Pagenkämper und Anna Wedekind; Schlosser Karl Kutzke und Anna Schwarze; Uhrmacher Hermann Margraf und Marie Süntel.

Tages-Ordnung

für die

am **Mittwoch, den 1. Dezember 1909, nachmittags pünktlich 5 Uhr,** stattfindende

Stadtverordneten-Sitzung.

1. Beschlußfassung über die Giltigkeit der Wahl der Stadtverordneten Hoffmann, Eilers, Diekmann, Jürging, Hesse, Rüter, Köllner, Kramer, Seydel, Lohmeyer, Röcker, Jockusch, Kickert, Buddeberg, Calow, Gassel, Karmeyer, Bertelsmann, Nordmeyer und Dr. Meyer.
2. Einführung und Verpflichtung der in der Ersatzwahl gewählten Stadtverordneten: Rüter, Köllner, Kickert, Nordmeyer und Dr. Meyer.
3. Einführung und Verpflichtung des Stadtrats Justizrat Dr. Frankenstein.

Anträge und Mitteilungen des Magistrats.

4. Wahl von 4 Mitgliedern in den Vorstand der kaufmännischen Fortbildungsschule.
5. Wahl von 6 Mitgliedern und 6 Stellvertretern der Schaukommission zur Aufsicht über die im Stadtgebiet liegenden Wasserläufe.
6. Wahl eines Mitgliedes in die Friedhofkommission.
7. Wahl von 2 Sachverständigen zur Abschätzung der im Kriegsfalle erforderlichen leerstehenden Gebäude, Plätze, Oedungen und Aecker.
8. Wahl von 6 Sachverständigen zur Abschätzung der bei militärischen Uebungen vorkommenden Flurbeschädigungen.
9. Wahl eines stellvertretenden Bezirksvorstehers für den 7. Armenbezirk.
10. Wahl eines stellvertretenden Bezirksvorstehers für den 10. Armenbezirk.
11. Wahl eines stellvertretenden Bezirksvorstehers für den 5. Armenbezirk.
12. Bewilligung von 1700 Mark für Schulbauzwecke an den deutschen Schulverein in Wien.
13. Nachbewilligung von 6988 Mk. 69 Pfg. auf den Haushaltsplan der Rieselfelder für das Rechnungsjahr 1908.
14. Zustimmung, daß die Parzelle Flur 3 Nr. zu 1577/288 usw. 7 Quadratmeter groß, am Bürgerwege, an die Erben Bitter unentgeltlich aufgelassen wird.
15. Desgleichen zu der Aenderun der Pflegesätze des städtischen Krankenhauses.
16. Bewilligung von 1400 Mk. auf Ausgabe-Titel IV des technischen Seminars für 1909 zur Beschaffung von Gegenständen für den Haushaltungsunterricht im Gebäude der Luisenschule.
17. Desgleichen von 1200 Mk. für die Anfertigung einer Gebäudesteuerrollenabschrift und für die Einschätzung der steuerfreien Gebäude.
18. Mitteilung, daß die am 10. Februar 1909 beschlossene Schankkonzessions-Steuerordnung die Zustimmung des Oberpräsidenten nicht gefunden hat und Genehmigung einer neuen Schankkonzessions-Steuerordnung.
19. Zustimmung zu der Anstellung des Nahrungsmittelchemikers Dr. Treue als Beamter der städt. Betriebsverwaltungen.
20. Festsetzung des Haushaltsplanes für das städtische Untersuchungsamt für das Rechnungsjahr 1910.
21. Genehmigung eines mit Dr. Treue abgeschlossenen Vertrages über den Ankauf des Inventars des Untersuchungsamtes und Bewilligung der erforderlichen Mittel.
22. Ergänzung des Ortsstatuts betreffend die Anstellung und Versorgung der Kommunalbeamten durch Aufnahme des städtischen Untersuchungsamtes.
23. Festsetzung von Haushaltsplänen für das Rechnungsjahr 1910:
    a) der Armenkasse-Rechnung A.-
    b) „ „ „ B.—
    c) „ Stiftskasse.
    d) des Krankenhauses
    e) „ Wasserwerks.
    f) der Handwerkerschule.
    g) „ kaufmännischen Fortbildungsschule.
    h) „ gewerblichen Fortbildungsschule.
    i) „ Stadtsparkasse.
24. Zustimmung zu der Aenderung des Zinssatzes bei der Stadtsparkasse.
25. Entlastung des Rechnungslegers folgender Rechnungen für 1908:
    a) der Kasse der Kaiserin-Auguste-Viktoriaschule.
    b) „ „ des technischen Seminars.
    c) „ „ der H. D. Upmann-Stiftung für Volksschullehrer-Witwen.
26. Zustimmung, daß die Stelle des Oberkontrolleurs Rehm bei der Straßenbahn zu einer Beamtenstelle der Betriebsverwaltungen gemacht werde.
27. Mitteilung eines Dankschreibens der Lehrer- und Lehrerinnen an der Kaiserin-Auguste-Viktoriaschule.

Bielefeld, den 25. November 1909.

Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung
gez.: Lohmeyer.

Nur noch heute **Montag** und morgen **Dienstag**
dauert
6596

Hauptmanns 95 Pfg.-Woche

Täglich neue Zusammenstellungen und Wareneingänge.

Wilhelm Küper,

Beglaubigt: Vertreter ... Pastor-Felke-Heilweise ... Verbandes der Vertreter der Pastor Felke Heilweise e.V.

5412

Bielefeld, Viktoriastr. 31,
erteilt Rat an Kranke.
Sprechstunden ausser Freitags:
9—1 Uhr, 3—6 Uhr.
Telephon 1736.

6601
Wir suchen
zum sofortigen Eintritt
oder per bald
je 1 tüchtige
Näherin
für
Knopfloch-Maschine
Hohlsaum-Maschine
Kurbel-Maschine
Zickzack-Maschine
Wollbogen-Maschine
ferner
1 geübte
Aussteuer-Näherin
Sämtliche Maschinen sind mit elektrischem Antrieb.
Bielefelder Wäschefabrik
Dreyer & Co.
Vorstellung erwünscht bei
S. Alsberg & Co.

Verlobungs-Anzeigen
liefert Buchdruckerei „Volkswacht".

Stadttheater.
Heute, 8 bis 10½ Uhr:
Lustspiel-Novität!
Im Klubsessel.
Großer Erfolg des Berliner Lustspieltheaters.
Dienstag, 7½ bis 10 Uhr:
Die Fledermaus.
1. Vorstellung im Fremden-Abonnement, wozu Anmeldungen bis inkl. Dienstag von der Direktion d. Stadttheaters entgegengenommen werden.
Mittwoch: **Die lustige Witwe.**

In der Buchhandlung Volkswacht ist zu haben:
Was muß der Arbeiter von der Krankenversicherung wissen? Ein praktischer Ratgeber von Ed. Gräf, Arbeitersekretär. Preis 10 ₰, Porto 3 ₰.
Was muß der Arbeiter von der Unfall-Versicherung wissen? Ein praktischer Ratgeber von Ed. Gräf, Arbeitersekretär. Preis 10 ₰, Porto 3 ₰.

Bekanntmachung.

Die gemäß der §§ 3—22 des Gesetzes über die Handelskammern vom 24. Februar 1870 und 19. August 1897 vorzunehmende diesjährige Handelskammer-Ergänzungswahl findet für den Stadt- und Landkreis Bielefeld

Montag, den 6. Dezember 1909, vormittags 11 Uhr,

im Handelskammergebäude, Herforderstraße 1, statt.

Der festgesetzten Reihenfolge entsprechend scheiden von den Mitgliedern des Stadt- und Landkreises Bielefeld aus die Herren:

Ferdinand Consbruch,
Walter Nagel.

Außerdem wird zu dem gleichen Termine für den verstorbenen Vorsitzenden Herrn Gustav Bertelsmann eine Ergänzungswahl vorgenommen werden.

Bielefeld, den 29. November 1909.

Der Wahlkommissar.
6599] Hugo Rempel, Kommerzienrat.

Am Freitag, den 26. November 1909, abends 10 Uhr, entschlief sanft nach langem, mit großer Geduld ertragenem Leiden meine liebe Frau, unsere treusorgende Mutter, Schwester, Schwiegermutter, Großmutter und Tante, die Ehefrau

Friederike Tatenhorst geb. Tebbenkamp

im Alter von 64 Jahren. — Dies zeigen mit der Bitte um stille Teilnahme tiefbetrübt an
6600

Die trauernden Hinterbliebenen.

Gellershagen, 26. November 1909.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 30. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Gellershagen 38, aus statt.

Die **Buchhandlung „Volkswacht"** hält zur Anschaffung empfohlen:

Neuer Familien-Atlas

Preis 1 Mark. — 68 Karten — **Porto 20 Pfg.**

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort kostet nur **2** Pfg., in der fetten Ueberschrift **10** Pfg. ✱ Worte mit mehr als 15 Buchstaben werden doppelt gerechnet.
Anzeigen unter dieser Rubrik werden nur bei Vorausbezahlung angenommen.

Möbel,
größte Auswahl, sehr billig, als: Kleiderschränke 25 Mk., Holzbettstellen 12 Mk., Waschtische 12 Mk., Divans 35 Mk., Küchenschränke 24 Mk., Topfschränke 15 Mk., Tische 8 Mk., Stühle 2 Mk., Trumeaux mit Stufe 25 Mk., Flurgarderoben 14 Mk., Matratzen 10 Mk., Kommoden 21 Mk., Vertikows 40 Mk., Schreibtische 45 Mk. Enorme Auswahl. Gute Verarbeitung. Besichtigung ohne Kaufzwang. F. Mertens, Jahnsplatz. [5898

Verlobte 5899
finden die allergrößte Auswahl in Küchen, Schlafzimmern und Wohnzimmern allerneuster Modelle im Möbelhause von F. Mertens, Jahnsplatz. Eigene Tischler-, Maler- und Polsterwerkstätten. Besichtigung ohne Kaufzwang. Lieferung frei. Preise konkurrenzlos billig.

Bettstellen, 5900
300 Stück, mit Matratzen, fabelhaft billig bei F. Mertens, Jahnsplatz.

Matratzen.
Die allerneuesten verbesserten Stahlfeder-Matratzen mit 20jähriger Garantie sehr billig in der Fabrik von F. Mertens, Jahnsplatz. Alte Matratzen werden umgearbeitet. [5901

Nähgarne,
Seide, Maschinennadeln, feinstes helles Maschinenöl Liter 1,20 Mk. Zentral-Bazar Pradel, Jahnplatz 2. [5411

Wäsche
für Damen und Kinder. Gute Qualitäten. Billigste Preise. Georg Meier, Herforderstraße 12. 6263

Futterkartoffeln, 6400*
gesunde, frostfreie, auch zum Kochen verwendbar, empfiehlt H. Fechtel Nachf., Ravensbergerstraße 7, Telephon 218.

Holzkohlen,
echte Buchenmeiler, großstückig, empfiehlt H. Fechtel Nachf., Ravensbergerstraße 7, Teleph. 218. [6401*

Heu und Stroh
empfiehlt H. Fechtel Nachf., Ravensbergerstr. 7, Teleph. 218. 6402*

Rote Wurzeln,
beste Speisewurzeln, empfiehlt H. Fechtel Nachf., Ravensbergerstraße 7, Telephon 218. [6403*

Speisekartoffeln
empfiehlt alle Sorten in vorzüglicher Qualität H. Fechtel. Nachf., Ravensbergerstr. 7, Teleph. 218. 6404*

Heckenmaterial. 6405*
Alle Sorten Latten, Pfähle und Baumstangen empfiehlt H. Fechtel Nachf., Ravensbergerstraße 7, Telephon 218.

Zittauer
Zwiebel, prima goldgelbe Mittelware, empfiehlt H. Fechtel Nachf., Ravensbergerstraße 7, Teleph. 218. [6406*

Aepfel. [6407*
Koch- und Daueräpfel, zentner- und pfundweise, empfiehlt H. Fechtel Nachf., Ravensbergestr. 7, Teleph. 218.

Plüschsofa [6389*
weit unter Preis. Jöllenbeckerstr. 24.

Wortmanns Matador,
bester Hut, garantiert weiterfest, Mk. 3.—, 3.50, 4.—, 4.50, 5.—.
6064

Klappzylinder,
Gelegenheitskauf 5.40, 6.25, Wortmann, Niedernstraße 24. 6065

Pelzreparaturen,
Modernisieren, schnell und billig. Wortmann, Niedernstraße 24. [6066

6565* **Öfen**
in großer Auswahl, Dauerbrenner zu 8, 9, 10 Mk. und höher. Gebrauchte Oefen nehme ich zurück. Fritz Schröder, Jöllenbeckerstr. 29.

Eier,
garantiert gut, 10 Stück 70 Pfg., 20 Stück 1,35 Mk., bei mehr billiger. Hilles Verkaufsstelle. [6508*

Hilles Verkaufsstelle,
kein Laden, befindet sich Bahnhofstraße 2, dicht am Niederntor, Eingang neben Harms Kinematograph.
6509*

Hille
läßt noch 100 Zentner echte Paradiesäpfel aus dem Kreise Lübbecke, Pfund 15 Pfg., 10 Pfund 1,10 Mk., Zentner mit 10 Mk. verkaufen. [6510*

Kochherde,
gebrauchte, weiße und schwarze, sowie gebrauchte Oefen in großer Auswahl gebe unter Garantie tadellosen Funktionierens billig ab. Adolf Heine, Ritterstraße 57. 5450

Schirme
für Damen und Herren in allen Preislagen. Georg Meier, Herforderstraße 12. 6262

Korbweiden
zu verkaufen. Schildesche, Schillerstraße 67. 6551*